



Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Berliner Börse vom 13. Februar. Staatsanleihe 86 1/2, 4 1/2 pSt.
Anleihe 100 1/2, Prämien-Anleihe 112 1/2. Verbacher 156 1/2. Köln-Minde-
ner 168. Freiburger 1. 151. Freiburger II. —. Mecklenburger 55 1/2.
Köln 61 1/2. Ober-Schl. A. u. B. nominell. Oderberger 1. 214. II. —. Rhein-
ische 117 1/2. Metalliques 82 1/2. National 84 1/2. Wien 2 Monat 96 1/2.
Credit-Bank 146. Angenehm.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 11. Februar. Es ist ungenau, wenn die „Post“ sagt, daß die
Konferenzen nächsten Montag beginnen. Lord Clarendon und Graf Buel
werden am 16. erwartet; Graf Drolff kommt am 18. oder 19.; Ali Pascha
am 21. oder 22. Die Konferenzen werden also am 22. oder 23. eröff-
net werden.

London, 11. Februar. Der „Globe“ stellt die Nachricht in Abrede, daß
der Lord-Kanzler seine Demission eingereicht habe.

Triest, 12. Febr. Eine Verordnung der k. k. Central-Seebehörde, daß
öfter. kleine und große Küstenschiffe beschränkter Grenze provisorisch zum
Leichterdienste an der Seelandsung ermächtigt werden, ist eben erlassen.

Vercina, 11. Februar. In Seide herrscht in Folge ermunternder Be-
richte aus den französischen Fabriken viel Regsamkeit. Getreide ist wegen
der Friedenshoffnungen und wegen des viel verheißenden Saatensandes an
allen Märkten vernachlässigt.

Rom, 5. Februar. Die Errichtung eines magnetischen Observatoriums
in Antona ist beschloffen worden.

Alexandrien, 5. Februar. In Damansour, auf dem halben Wege
nach Cairo, ist dem Vernehmen nach ein Beduinenaufstand ausgebrochen,
den sich auch mehrere andere Bänder angeschlossen haben. Gensdarmen
und Truppen sind zu dessen Unterdrückung von hier dorthin beordert worden.

Breslau, 13. Februar. [Zur Situation.] In der gestri-
gen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam der Gesetzentwurf, betreffend
die ländlichen Ortsobrigkeiten in den sechs östlichen Pro-
vinzen der preussischen Monarchie zur Diskussion. Die Kommission
hat sich einstimmig zu dem Prinzip der Gesetzentwurf bekannt, das
hauptsächlich darin besteht: daß in den sechs östlichen Provinzen der
Monarchie die obrigkeitlichen Rechte der Gutsherren von jeher ein Zu-
behör des großen Grundeigentums gewesen sind und nicht ipso jure
aufgehört haben mit Publikation der Verfassungs-Urkunde und der
Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850, vielmehr noch gerade wie
vor 1848 bestehen, wenigstens geschmälert durch das Justiz-Organisa-
tions-Gesetz vom 2. und 3. Januar 1849, das die Patrimonial- und
Polizeigerichtsbarkeit in Civil- und Strafsachen aufhob. „Es handle
sich also nicht darum, die obrigkeitliche Stellung der Grundbesitzer neu
zu fundieren und sie durch ein neues Gesetz mit dem Rechte, die länd-
liche Polizei zu verwalten, zu bekleiden; auch nicht in kompilatorischer
Weise alle die ländliche Polizei betreffenden Gesetze und Verordnungen
zusammenzufassen, sondern lediglich darum: auf dem Wege der Novelle
und zusätzlichen Bestimmungen die durch Veränderung der Besitzver-
hältnisse sich aufdrängenden Bedürfnisse und Unzulänglichkeiten legisla-
torisch zu befriedigen, resp. zu beseitigen.“

Die Debatte ist noch nicht zu Ende gebracht.

Die Verhandlung über die österreichische Vorlage am Bundestage
wird höchst wahrscheinlich schon in der am nächsten Donnerstag statt-
findenden Plenarsitzung erfolgen. Die in den Sitzungen der vereinigt-
ten Ausschüsse am vorigen Freitag und Sonnabend gefaßten Beschlüsse
sind bereits zur Kenntnis der Regierungen gebracht worden.

Unsere unten folgende Original-Mittheilung aus Frankfurt wird
unsere Leser über den Stand dieser Frage genau orientieren.

In Paris überführt man sich förmlich in Friedensströmen und
versichert, der Kaiser werde bereits in der Eröffnungsrede der parla-
mentarischen Session den Frieden als abgeschlossen anzeigen.

Auch „Morning Post“ hält für möglich, daß man auch ohne Prä-
liminarien, allein auf Grund der wiener Propositionen, zum Ziele
gelangen werde.

Sind von Rußland in Betreff Bomarsunds allem Anscheine
nach erhebliche Schwierigkeiten nicht zu erwarten, so ist allerdings auch
für den fünften Punkt ein Inhalt gefunden. Indessen sind in Kon-
stantinopel die Beratungen über die innere Reformen augenblick-
lich in's Stocken gerathen und diejenigen über die Donaufürstenthümer
noch nicht begonnen. Da mithin das Material für den ersten und
vierten Punkt noch nicht in hinreichender Vollständigkeit beschafft ist,
so wird man immerhin wohl thun, in Betreff des definitiven Abshlus-
ses nicht allzu sanguinische Erwartungen zu hegen.

Man meldet uns aus Hamburg, daß der Senat neuerdings die
vielsprechende Neuverfassung an das Kollegium der Oberalten ge-
bracht hat, von diesem aber, wie früher, verworfen worden ist. Das-
selbe sprach dabei den Wunsch aus, daß von der Einführung einer
neuen Verfassung ganz abgesehen werden, dagegen durch eine beson-
dere Kommission beider Behörden Reformen der bisherigen angebahnt
werden mögen. Dagegen opponirt der Senat und hat die Neuver-
fassung mit dem dissentirenden Votum der Oberalten an das
Sechzig-Kollegium gebracht.

Die städtische Pfandbrief-Kredit-Angelegenheit betreffend.

Breslau, 13. Februar. Es ist mehrfach in dieser Zeitung auf die
Monatschrift für preussisches Städtewesen (Verlag von Eromisch und
Sohn zu Frankfurt a. D.) hingewiesen worden, leider aber muß auch
des Umstandes gedacht werden, daß kaum der fünfte Theil der Städte
des preussischen Staats an der Subskription sich betheiligte haben soll.
Es dürfte daher nicht überflüssig erscheinen, auf die von dem Kom-
missionen-Rath Knoblauch von hier gemachten „Vorschläge zu einer städ-
tischen Pfandbrief-Kredit-Ordnung“ aufmerksam zu machen,
welche im IV. Hefte, Jahrgang I., Oktober 1855, S. 289 bis 332 der
erwähnten Monatschrift eingelegt sind.

Diese Vorschläge zerfallen in zwei Haupt-Abtheilungen. Die erste
Abtheilung in einen Haupt-Entwurf zu einer städtischen Pfandbrief-
Kredit-Ordnung, nach welcher in Uebereinstimmung mit dem gesetzlichen
Vorschriften nur bis zur ersten Werthhälfte des Grundstücks Pfand-
briefe erteilt werden, ferner in einen Anhang zu diesem Vorschläge,
in welchem unter besonderen Modalitäten eine Kredithertheilung bis zu
zwei Drittel des Darwerthes behandelt wird.

A. Den ersten Theil, die Hauptkredit-Ordnung betreffend.
S. 289 bis 332 der Monatschrift.

In dem Vorworte (S. 289) sind die Gründe entwickelt, welche der
Errichtung eines solchen, vielseitig gewünschten städtischen Pfandbrief-
Kredit-Instituts sowohl in Berlin als auch in Breslau bisher im Wege
gestanden haben. Dieselben liegen vorzugsweise in der Schwierigkeit:
bei städtischen Grundstücken mit Rücksicht auf ihre verschiedenartige
Lage und Baubeschaffenheit diejenigen Garantien zu verschaffen,
welche den Pfandbriefen einen günstigen Cours und den Kredit-
verbundenen hinreichende Gewähr für eine allgemeine Garantie zu
bieten geeignet sind, — ohne daß von vornherein die Erlegung
eines namhaften Sicherheitsfonds erforderlich wird.“

Die Beseitigung dieser Schwierigkeit dürfte in den gemachten Vor-
schlägen eine möglichst befriedigende Lösung erfahren haben, was eine
ründliche Prüfung derselben lehren kann.

In dieser Hinsicht sind die wesentlichsten Bedenken nachfolgender-
maßen behandelt und behoben worden:

1. Die allgemeine Garantie betreffend.

Zwischen dem ländlichen Grundbesitz und zwischen dem der Städte
liegt der Unterschied hinsichtlich des Werthes und des Ertrages vorzugs-
weise darin: daß ersterer, wenigstens auch abhängig von der Lage, von
der Bodenbeschaffenheit und von einer rationellen Bewirthschaftung, —
des Grundarcal, — besonders bei den mäßigen, die Verhältnisse in jedem
einzelnen Falle berücksichtigenden landwirtschaftlichen Prinzipien, — stets
einen namhaften nachhaltigen Werth behält, so daß die Besorgnis
des Sinkens desselben unter die Hälfte des Kreditwerthes als eine über-
aus seltene angesehen werden kann.

Die Objekte der Sicherheit sind einander mit Bezug auf die Tare
möglichst annähernd gleich, so daß eine allgemeine gegenseitige Garantie
selbst aller Mittergüter einer Provinz für die Sicherheit der Pfandbrief-
schulden nichts Besorgliches haben kann, da überhaupt zunächst die
Spezial-Hypothek, dann der Kreis, hiernächst das spezielle Pfandbrief-
System für etwaige Ausfälle verhaftet bleibt, bevor die allgemeine Ga-
rantie der Provinz einzutreten hat.

Ganz anders stellt sich das Werthverhältniß der Grundstücke in den
Städten heraus. Da giebt es, abgesehen von der günstigeren Lage für
die Verkehrsverhältnisse, welche auf den Ertrag von wesentlichem Ein-
fluß ist, schon und dauerhaft gebaute Häuser, dagegen aber auch solche,
die ihrem Verfall nahe stehen, so daß bei diesen auf einen nachhal-
tigen Ertrag und Werth nicht zu rechnen ist.

Die Verschiedenartigkeit des Werthes und des Ertrages mit Rück-
sicht auf die Lage und die Bauart selbst, läßt sich gegenseitig in ein
möglichst richtiges Verhältniß bringen, wie dies die in Vorschlag ge-
brachten Prinzipien (§ 30—35) lehren. Aber zwischen einem dauer-
haft gebauten und einem ganz baufälligen Hause läßt sich nicht einmal
annähernd ein sich gleichkommendes Werthverhältniß aufstellen. Darum
ist es bei dem vorgelegten Kredit-Instituts-Entwurf für unausführbar
gehalten worden:

„eine unbeschränkte Theilnahme-Berechtigung mit einer allgemeinen
Garantie aller Grundbesitzer der Stadt, — als Regel aufzustellen;“
es ist vielmehr nach § 10 nur der Grundsatz festgehalten, daß die Auf-
nahme in den Kreditverband und die Ertheilung von Pfandbriefen nur
stattfinde:

„auf bebauten, im Weichbilde der Stadt — in deren gegenwärtigem
und zukünftigem Umfange — belegene, einen möglichst nachhaltigen
Ertrag gewährende, in gutem baulichen Zustande sich befindende,
in der städtischen Feuerkasse versicherte und darin verbleibende, einen
Kapitalwerth von mindestens 1000 oder 2000 Thlr. habende —
Grundstücke, über welche dem titulierten Besitzer die freie Dispo-
sition zusteht, der auch sonst den Gesetzen nach Darlehensverträge
zu schließen befugt ist.“

Dieser bedingten Aufnahme in den Kreditverband konnte auch nur
eine bedingte Garantie zum Grunde gelegt werden, nämlich die —
aller Kreditverbundenen.

Dieselbe wird aber eine um so zuverlässigere sein, da bei allen
Grundstücken, welche den Bedingungen der Aufnahme genügen, nicht so
leicht ein Ausfall zu befürchten ist, mittlerweile aber, wie unter II. aus-
geführt ist, der Sicherheitsfonds so kräftig ist worden, daß hieraus jede
mögliche Vertretung ohne Schwierigkeit gedeckt werden kann.

II. Ein zweites Bedenken gegen die Errichtung eines städtischen Pfandbrief-Kreditinstituts kann darin gefunden werden:

„daß es von vorn herein an einem namhaften Reserve-
fonds fehlen könnte.“

Den großen Stadtkommunen fehlt es in der Regel an namhaften
disponiblen Kapitalien, um dergleichen selbst nur vorläufige und ge-
gen Verzinsung, zur Sicherheit hergeben zu können. Es dürfte auch
nicht zulässig erscheinen, zu Gunsten einer bestimmten Klasse der Ein-
wohner Verfügungen über das gemeinsame Kommunal-Vermögen der
Stadt zu machen.

Die Vortheile aus der Errichtung eines solchen Kredit-Instituts,
sowohl im allgemeinen Interesse, als insbesondere für die Kreditver-
bundenen, sind so bedeutend, (cf. die Einleitung u. § 4—9, S. 289
bis 295 l. c.) daß namentlich Letztere sich wohl gern zu einem augen-
blicklichen kleinen Opfer verstehen werden, welches hinterher die Vor-
theile einer unfundbaren sich selbst amortisirenden Pfandbriefschuld reich-
lich erzeuget. Demgemäß sind für die Bildung eines angemessenen Si-
cherheits- (Eigenthümlichen) Fonds die nachfolgenden Vorschläge ge-
macht:

1) haftet für die Schuld vorzugsweise das verpfändete Grundstück
(§ 5 Nr. 1), auf welches nur innerhalb der ersten Werthhälfte, mit-
hin depositalmäßig sicher, Pfandbriefe bewilligt werden. Die bedingte
Aufnahme in den Kreditverband (§ 10 u. 33), die angeordneten Vor-
sichtsmassregeln hinsichtlich der Ueberwachung des Unterpfandes (§ 19
bis 23), möglichst zuverlässige, zugleich einfache, Darprinzipien (§ 30
bis 35), die im gewöhnlichen Darlehensverkehr vermist werden, —
bürgen an sich schon für die Sicherheit der Pfandbriefschuld. Da bei
städtischen Grundstücken im nothwendigen Substitutions-Verfahren der
Zuschlag ohne Rücksicht auf die Tare erfolgt, mithin der Gläubiger
selbst seine Rechte zu wahren hat, — so ist nach § 3 und 69 des Ent-
wurfes dem Pfandbrief-Amte das Recht vorbehalten, im Substitutions-
Termin bis zur Höhe seiner Ansprüche mit zu bieten, eventuell das
Grundstück zu erlösen, um es nachträglich zur Vermeidung von Aus-
fällen bei günstigerer Gelegenheit wieder zu verkaufen, indem bleibende
Erwerbungen fern sein sollen.

Ähnlich wie bei den landschaftlichen Kreditssystemen, sollen auch bei
den städtischen bei einem Vermögensverfall des Schuldners die Real-
rechte des Pfandbriefamtes von den Gerichten von Amts wegen gewahrt
werden (cf. § 6).

2) Als erste Grundlage für einen Sicherheitsfonds haben die
Kreditverbundenen ein halbes Prozent der Pfandbriefschuld, und auf die
ersten Einrichtungs- und Ausfertigungskosten eben so viel ein- für alle-
mal zu entrichten (§ 48, Nr. 1 u. 2 l. c.). Der letztere Betrag kommt
ihnen auf die Pfandbriefausfertigungskosten zu gut (Note 27 zu § 48,
Nr. 2).

3) Es fließen ferner zu dem Eigenthums- oder Sicherheitsfonds alle
nach § 100 zu demselben gehörigen Einnahmen. Zu diesen gehört ins-
besondere der auf so lange zu entrichtende Beitrag von 1/2 pSt. (§ 55
und Note 30 und 31), bis der eigenthümliche Fonds eine solche Kapi-
talshöhe erreicht, daß neben der Befreiung der Verwaltungskosten aus
den Zinsen des Kapitals, letzteres selbst für etwaige Vertretungen voll-
kommen genüge. Dieser Zeitpunkt und der hiervon abhängige theilweise
oder gänzliche Erlaß des Verwaltungs-Kostenbeitrages ist in nicht fer-
ner Frist zu gewärtigen (§ 102 und Note 64). Denn die Verwaltung
des Pfandbriefamtes soll, ähnlich wie das Bankinstitut, durch eine De-
putation des Magistrats und unter dessen Aufsicht, geführt werden (§ 12
des Entwurfs), so daß der Verwaltungsaufwand nur ein geringer sein
wird. Derselbe dürfte kaum 3000 Rthl. betragen. Eine Pfandbrief-
Kredittheilnahme von 2 Millionen Thaler genügt schon, diese Kosten
zu decken, da 1/2 Prozent von 2 Millionen 3333 1/3 Rthl. beträgt. Bei
dem breslauer Pfandbriefprojekte vom Jahre 1852 hatten sich 428 Theil-
nehmer mit einem Grundvermögen von circa 9,872,000 Rthl. gemel-
det. Wenngleich unter den damaligen Theilnehmern viele gewesen sein
mögen, die auf einen Kredit bis auf 1/2 der Tare gerechnet haben, sich
daher zurückziehen könnten, weil sie nach dem gemachten Vorschlage nicht
ihren Wünschen gemäß befriedigt werden; so dürfte doch, da Breslau
einen Feuerkassen-Versicherungswert von circa 35 Millionen und einen
Ertragswerth von mehr als 46 Millionen Thaler hat, unter den ge-
genwärtigen soliden, zu allseitigem Vertrauen geeigneten Bedingungen,
eine um so größere Betheiligung von Seiten solcher Grundbesitzer zu
erwarten sein, welche in den gegenwärtigen Vorschlägen die Gefahr zu
Vertretungen als beseitigt oder doch als sehr unwahrscheinlich, betrach-
ten können und werden. Denn die gegenwärtige Geldkrise hat wieder-
holt die Lehre gegeben, daß viele, selbst der besten Hypotheken gekündigt
worden sind, und daß die Schuldner, abgesehen von den Kosten, nicht
ohne namhafte Opfer Ersatz schaffen konnten, oder sich doch dazu ver-
stehen mußten, den Zinsfuß, selbst Instituten gegenüber, zu erhöhen.
Denn kann das königliche Stadtgericht, Abtheilung für Hypothekensachen,
bestens befähigen.

Neben den Vortheilen der Unkündbarkeit wird bei einem Zinsfuß
von 4 1/2 Prozent eine Pfandbriefschuld amortisirt, indem das halbe
Prozent hierzu verwendet wird. Da, die Vortheile der Amortisation
angegebenen Umständen zu gut kommen, ohne den gänzlichen Verlauf
der Amortisation von 56 Jahren abwarten zu müssen. Erreicht hier-
nach, wie nicht zu bezweifeln ist, das Kredit-Institut eine Betheiligung
von 6 bis 10 Millionen Thalern, so können allein von dem Kosten-
beiträge, nach Abzug des Verwaltungs-Aufwandes, jährlich 7000 bis
13,000 Thlr. zur Vermehrung des eigenthümlichen Fonds gezogen wer-
den, dessen Einnahmen, durch Zins auf Zins genutzt, sehr bald zu einem
Kapitale steigen, welches die Vertretungs-Beforgnis beilegt und die
theilweise oder gänzliche Einstellung des Kostenbeitrages von 1/2 Prozent
möglich machen kann (§ 55, Not. 31, § 101, Not. 58 bis 62, § 102,
Not. 63, 64.).

III. Abgesehen von dieser an sich schon genügenden Sicherheit bleibt
nach § 5, Nr. 2 b. eventuell auch der Amortisations-Fonds für etwaige
Vertretungen verhaftet, bevor auf die allgemeine Garantie der Kredit-
verbundenen zurückgegangen werden kann. Derselbe wird durch die
fortlaufende Zahlung von 1/2 Prozent der Pfandbriefschuld gebildet (§ 54,
Nr. 2, § 82, Note 43), da die Pfandbrief-Zinhaber nur 4 Prozent
Zinsen erhalten. Dieser Fonds erreicht, durch Zins auf Zins genutzt,
von der gesamten Pfandbriefschuld eine Höhe:

- 1) In 5 Jahren von 2,70 Proz., oder von 1 Mill. in Kap. 27,000 Thlr.
- 2) In 10 Jahren von 6,00 Proz., oder von 1 Mill. in Kap. 60,000 Thlr.
- 3) In 15 Jahren von 10,01 Proz., oder von 1 Mill. in Kap. 100,001 Thlr.
- 4) In 20 Jahren von 14,80 Proz., oder von 1 Mill. in Kap. 148,000 Thlr.

Sollten den Zweifeln für die Sicherheit die bereits unter II. nach-
gewiesenen Gewährsmittel nicht genügen, so dürfte doch, da Zahlen
deutlicher beweisen, als Theorien, die vorstehende zweifelloste Berechnung
des eventuellen Sicherheits-Fonds ihnen wohl dafür genügen, daß we-
der die Pfandbriefinhaber, als auch die Kreditverbundenen hinsichtlich der
zu leistenden gegenseitigen Garantie, wegen aller und jeder Ausfälle oder
Vertretungen vollkommen beruhigt sein können.

IV. Dnerachtet der vorstehend nachgewiesenen genügenden Sicher-
heit ist zur allseitigen Beruhigung eine allgemeine Garantie der Kredit-
verbundenen unerlässlich, wie dieselbe nach § 5, Nr. 2. C. des Statuts-
Entwurfes angeordnet worden.

Als die schlesische Landschaft im Jahre 1770 in's Leben gerufen
wurde, geschah dies auch unter einer allgemeinen Garantie der Provinz.
Dieselbe hatte mit viel größeren Schwierigkeiten zu kämpfen, weil Pfand-
briefe von incl. 100 Thlr. abwärts zu jeder Zeit, die höheren gegen
halbjährliche Kündigung von den Landschaftskassen realisirt werden muß-
ten. Hierzu fand der gesamten Landschaft nur ein von der Regie-
rung gegebenes Realisations-Kapital von 200,000 Thlr. zu Gebot.
Ohne Amortisations-Beiträge zu haben, waren die Pfandbriefe mit
5 Prozent verzinslich. Mit Rücksicht auf die Rückbarkeit und auf den
Kredit der ganzen Provinz (gegenwärtig beträgt derselbe circa 42 Mil-
lionen Thaler), war der Realisations-Fonds nur ein unbedeutender.
Demohnerachtet wurde es möglich, durch den sogen. Quittungsgrößen,
der freilich in der ersten Zeit bis 1/2 Prozent erhoben wurde, obgleich
die Verwaltung sehr viel kostete, (gegenwärtig beträgt der Verwaltungs-
aufwand für die General-Landschaft und für die 9 Special-Systeme
jährlich 100,000 bis 120,000 Thlr.) — einen solchen eigenthümlichen
Fonds zu schaffen, daß man bereits im Jahre 1787 in den Stand ge-
setzt war, den Zinsfuß der Pfandbriefe auf 4 Prozent, und im Jahre
1839 auf 3 1/2 Prozent herabzusetzen, und das ererbte halbe Prozent
zu einem Amortisations-Fonds zu verwenden, so wie gegenwärtig bei
vielen Systemen den Quittungsgrößen ganz abzuschaffen, — ohne daß
jemals die Pfandbrief-Zinhaber Verlust erlitten, oder es nöthig gewe-

sen wäre, auf die allgemeine Garantie zu rekurrieren. Die durch eine 85jährige Erfahrung sich herausgestellten Resultate und Vorschriften der schlesischen Landschaft, so wie die der neueren Kredit-Institute, sind für die Vorschläge zu einer städtischen Kreditordnung benutzt worden. Dieselbe verleiht den großen Städten einen um so segensreicheren Erfolg, als die Verwaltung nur verhältnismäßig geringere Kosten verursacht wird, und der gegenwärtige Geldmangel keineswegs ein so bedenklicher ist, als er es im Jahre 1770 nach Inhalt der dem schlesischen Landtags-Reglement vorgeordneten allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 29. August 1769 gewesen. (Schluß folgt.)

Preußen.

Berlin, 12. Februar. [Landtag.] Das Beispiel des alten Cato hat bewiesen, wie viel sich durch Beharrlichkeit erreichen läßt, und gewiß gehört diese beharrliche Ausdauer in Dingen, die man als durch Gerechtigkeit oder Zweckmäßigkeit geboten erkennt, zu den lobenswerthen Eigenschaften. Aus diesem Grunde theilen wir auch keineswegs die oft ausgesprochene Vermuthung, daß der Abgeordnete Wagener seine auf Aufhebung der Art. 4 und 12 der Verfassung gerichteten Anträge deshalb zurücknehmen werde, weil es schon heute als eine feststehende Thatsache zu betrachten sei, daß beide, und zwar der letztere mit der entschiedensten Majorität werden verworfen werden. Ganz im Gegentheil glauben wir, daß er nicht nur dabei verharren, sondern dieselben Anträge in jeder der folgenden Sessionen reproduciren werde. Wenn im Uebrigen jene Vermuthung mit dem Umstande in Zusammenhang gebracht wird, daß der über den ersten, Art. 4 betreffenden, Antrag von der Kommission seit länger als 14 Tagen erstattete Bericht noch nicht auf die Tagesordnung gebracht worden, und daß die Verfassungskommission über den gleichzeitig eingebrachten, auf Art. 12 bezüglichen Antrag noch nicht Bericht erstattet habe, so dürfte beides wohl richtiger seine Erklärung in indifferenten äußern Ursachen finden. — Der Abgeordnete Lette, von 39 Mitgliedern der Linken und der v. Bethmannischen Fraktion unterstützt, beantragt eine Aufforderung an die Regierung: „zuverlässige statistische Erhebungen anzuordnen und dem Hause der Abgeordneten vorzulegen über die seit dem Jahre 1807 bis jetzt in den verschiedenen Landestheilen der 6 östlichen Provinzen und der Provinz Westfalen im Gefolge von Dismembrationen oder Konsolidationen vorgekommenen Veränderungen bürgerlicher Besitzthümer.“ Dieser Antrag bezieht sich auf den von dem Abgeordnetenhaus neuerdings beschlossenen Wegfall der Bestimmung des Art. 42 der Verfassung: „Die Theilbarkeit des Grundeigentums wird gewährleistet,“ und die von dem Antragsteller bei der Diskussion hierüber dem Argumente, daß der zu großen Zertheilung des Grundeigentums vorgebeugt werden müsse, entgegengesetzte Behauptung, daß seit 1807 eine überwiegend größere Fläche als die zertheilte durch Vereinigung mit Rittergütern oder Zusammenlegung consolidirt worden sei. Der Zweck ist darauf gerichtet, durch gründliche statistische Erhebungen die Grundlage für die Würdigung der nach der einen oder anderen Richtung hin zu gewärtigenden legislativen Maßregeln zu gewinnen. — Der Bericht der Handels-Kommission des Abgeordnetenhauses hat sich im Wesentlichen mit dem Gesetzes-Entwurf über den Betrieb der Dampffessel, welcher durch Strafandrohung gegen die Eigentümer und Wärter die Einhaltung eines Dampffessels in dem durch die ertheilte polizeiliche Genehmigung vorgeschriebenen Zustande zu sichern beabsichtigt, einverstanden erklärt. In einem Punkte hat die Kommission jedoch mit Zustimmung des Regierungs-Kommissars die Härte des Entwurfs gemildert, nämlich die Beschränkung der in letzterem unbedingt ausgesprochenen subsidiarischen Verhaftung des Eigentümers für die gegen den Wärter erkannte Geldstrafe (bis 200 Thlr.) auf den Fall, daß der Kesselfwärter die ihm obliegenden Verpflichtungen mit Vorwissen des Kesselführers verletzt hat. — In dem Herrenhause verlangt ein von dem Baron Senfft von Pilsach gestellter, von größern Grundbesitzern sehr zahlreich unterstützter, Antrag, „daß die Regierung um Maßregeln ersucht werde, welche die Besitzer von Eisenbahnen, Fabriken, Manufakturen und Aktien-Unternehmungen für Bergbau und andere Gewerbe anhalten, ihrer Verpflichtung für die Armenpflege zu genügen.“ Der Antrag ist etwas dunkel gefaßt, weil man nicht recht weiß, ob es sich nur darum handelt, die Erfüllung gesetzlich bestehender Verpflichtungen durch Maßregeln zu sichern, oder um den Erlaß neuer gesetzlicher Bestimmungen, welche die Last der Armenpflege auf die im Antrage bezeichneten Besitzer industrieller Unternehmungen legen sollen. Diese Unklarheit wird durch die Motive beseitigt, welche dahin lauten: „Es ist ein harter Druck für die Armenverbände, namentlich für kleine, arme Bauer-Gemeinden, daß sie diejenigen Arbeiter zu versorgen haben, welche lediglich durch ihre, dem Vortheile der oben bezeichneten Unternehmungen gewidmete Thätigkeit erwerbsunfähig geworden sind.“ Es wird also eine Abänderung der gesetzlichen Vorschriften über die Armenpflege in einer Richtung verlangt, welche anscheinend die Billigkeit für sich hat, in der That aber mit dem Wesen der freien Stellung des Arbeiters zu dem Arbeitgeber nicht vereinbar ist. So weit sich in dieser Beziehung gehen läßt, ist es durch die Gesetze über Unterstützungs-, Knappschaffs-Kassen u. s. w. geschehen. Das begehrte Gesetz würde auf dem Principe beruhen, daß Jeder, welcher bei Gelegenheit einer ihm aufgetragenen, und zunächst das Interesse der Auftragenden erzielenden, Arbeit erwerbsunfähig würde, von dem Arbeitgeber erhalten werden müßte, und es würde, wäre dies Prinzip an sich richtig, kein Grund abzusehen sein, es nicht generell auf alle diese Verhältnisse, namentlich auch auf Dienstverhältnisse, anzuwenden. Hiervon aber sind der Antragsteller und Genossen selbst entfernt, da sie nur eine singuläre Anwendung auf industrielle Unternehmungen beantragen, und nur diesen gegenüber das Mitleid mit den armen Bauer-Gemeinden als Motiv geltend machen.

[24. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. 12. Februar.] Tagesordnung: Gesetzesentwurf, betreffend die ländlichen Ortsobrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie.

Das Haus nimmt zunächst die Wahl dreier Mitglieder der Staatsschulden-Kommission vor.

Abg. Lette trägt darauf an, die Beratung des Gesetzesentwurfs zu vertagen und so lange auszusparen, bis Art. 42 der Verfassung beseitigt und die Befreiung durch die Gesammmlung publizirt sein wird. Der Minister selbst habe anerkannt, daß der Gesetzesentwurf vor Beseitigung des Artikels nicht zur Beratung kommen könne, da die in demselben vorkommenden Bestimmungen denen des Artikels widersprechen. Wenn auch die Rechte die Majorität in der Hand habe und die Beratung beschließen könne, so stehe der Linken die Autorität des Rechtes und der Verfassung zur Seite. Minister des Innern: Der Gesetzesentwurf, betreffend die Abänderung resp. Aufhebung des Art. 42 hänge allerdings mit dem vorliegenden eng zusammen. Daran folge aber noch nicht, daß der letztere erst zur Beratung kommen könne, wenn in zweimaliger Abstimmung in diesem, in zweimaliger Abstimmung im Herrenhause, und endlich durch Publikation in der Gesammmlung die Aufhebung des Art. 42 Rechtserfolg erhalten. Der vorliegende Gesetzesentwurf könne allerdings erst, wenn Letzteres geschehen, ebenfalls Gesetzeskraft erhalten, könne aber sehr wohl bereits jetzt zur Beratung kommen. Für eine solche sprächen mehrere in früheren Sitzungen stattgehabte Präcedenzfälle. Durch die Aufhebung der Verfassung möchte das Gesetz wahrscheinlich in der gegenwärtigen Session nicht zustandekommen, und doch sei es notwendig, endlich aus dem Provisorium in ein Definitivum zu treten. v. Gravenitz (Elbing) spricht sich in gleichem Sinne aus. Lette: Die doppelte Beratung der Verfassungsbestimmungen sei ein Bollwerk der Verfassung und müsse in seinen Konsequenzen aufrecht erhalten werden. v. Blan-

kenburg: Es liege im Interesse des Abg. Lette und seiner Freunde, daß die Beratung des Gesetzesentwurfs jetzt stattfinden, da dieselben sich immer beklagt, Art. 42 könne auch aufgehoben werden, weil man nicht wisse, was an seine Stelle treten solle. Jetzt wäre nun der Moment gekommen, wo sie dies erfahren könnten. Das Haus beschließt, den Gesetzesentwurf zu beraten.

Der Ministerpräsident legt in Verbindung mit dem Minister für Handel und Gewerbe einen Schiffahrts- und Handelsvertrag mit der Republik Mexiko vor.

Zur allgemeinen Diskussion nimmt der Abg. v. Patow das Wort, der bekanntlich einen Gegenseitigkeitsentwurf eingebracht und der Kommission vorgelegt hat, von welcher derselbe jedoch, da er nur auf eine Wiederherstellung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März hinauslaufen würde, verworfen und unveränderte Annahme des Regierungsentwurfs empfohlen ist. v. Patow verwahrt zunächst sich und seine Freunde gegen den Vorwurf einer systematischen Opposition. Zur Sache übergehend, erkennt er die Nothwendigkeit einer Reform der ländlichen Polizei an, ist aber nicht der Ansicht, daß durch den vorliegenden Entwurf eine solche herbeigeführt werde. Man wolle das Prinzip aufrecht erhalten: das Recht der obrigkeitlichen Gewalt unaufheblich an Grund und Boden zu binden. Er und seine Freunde wünschten dieselbe von Sr. Majestät ausschließlich abhängig zu machen. Die gegenwärtigen Verhältnisse der Polizei seien ganz und gar von denen in früheren Zeiten verschieden. Die Wege-, Bau- und Medizinal-Polizei seien früher fast gar nicht gekannt, und selbst die Sicherheitspolizei sehr unzureichend gewesen. Durch die Gewerbefreiheit und den gesteigerten Verkehr habe sich das Bedürfnis nach einer erhöhten Thätigkeit der Polizei herausgestellt, da eine Guts-Polizei nicht mehr genügen könne. Der Minister des Innern: Art. 42 habe die guteherliche Polizei zwar für aufgehoben erklärt, aber besondere gesetzliche Bestimmungen vorbehalten. Die Schwierigkeiten der Gemeinde-Ordnung von 1850 machten das Bedürfnis solcher Bestimmungen immer dringender. Der Antrag des Abgeordneten v. Patow schließe sich jener Gemeinde-Ordnung vollkommen an. Der Versuch der Einführung dieser sei schon gemacht, habe aber den Widerstand der Gemeinden und Gutsbesitzer hervorgerufen. Es komme jetzt darauf an, die alten Bestimmungen nicht für absolut unverbesserungsfähig zu erklären, sondern sie als bestehend anzuerkennen und sie zu verbessern. Die Regierung sei der Ansicht, daß die frühere Orts-Polizei-Verfassung lebensfähig sei, sie sei dieser Ansicht um so mehr, als sie sich überzeugt habe, mit welcher Entschiedenheit man an derselben gegenüber der Gemeinde-Ordnung von 1850 festgehalten. Der Gesetzesentwurf berücksichtige alle Fälle, wo die guteherliche Polizei sich nicht anwenden lasse. Der Minister empfiehlt schließlich die Annahme des Regierungsentwurfs. Abg. v. Kell er macht der R. Pr. Zeitung in Betreff ihrer Berichte aus den Verhandlungen das Kompliment, daß sie die Reden selbst der Opposition materiell richtiger wiedergebe, als die Oppositionszeitungen. Er wendet sich hauptsächlich gegen die Ausführungen des Abg. v. Patow und spricht für die Regierungsvorlagen. Vor 1789 sei die natürliche Gleichheit der Menschen allzu sehr in Vergessenheit gerathen, seitdem aber habe man dieses Prinzip zu extrem verfolgt und es sei jetzt an der Zeit, die natürlichen Ungleichheiten zu berücksichtigen. v. Auerwald nimmt die Gemeinde-Ordnung von 1850 gegen den Minister des Innern in Schutz und empfiehlt den Antrag des Abg. v. Patow, die heutige Verfassung sei sehr enger Natur, man wolle eine Institution, die sich geschichtlich überlebt habe, wieder aufheben, wolle Befugnisse der Staatsgewalt zu Gunsten des großen Grundbesitzes aufgeben. Die Regierung habe selbst anerkannt, daß die guteherliche Polizei in den östlichen Provinzen häufig außer Gebrauch gekommen. Es sei dies eine notwendige Entwicklung der preussischen Verhältnisse. Die Dominal-Polizei sei nicht erst nach 1848, sondern schon lange vorher in Mißkredit versunken gewesen. Selbst unter günstigeren Umständen habe die Institution nicht bestehen können, wie würde sie jetzt unter den ungünstigsten dauern. Man möge von der Wiedereinführung derselben nicht zu viel erwarten. Mancher Gutsbesitzer werde sich gern der Ausübung der Polizei entziehen. Wollte man ihn etwa durch Zwang dazu anhalten? Durch Annahme der Vorlage werde das Ansehen der großen Grundbesitzer im Lande gefährdet. Abgeord. Wagener (Neu-Stettin): Die Krone könne nur Rechte verleihen, die ihrer Natur nach bereits existiren. Dies nehme die rechte Seite des Hauses auch hier in Anspruch. Wenn man den Beweis liefere, daß die linke Seite, indem sie dem Könige die Verleihung zuwenig, wirklich so denke, die königl. Gewalt zu stärken, so werde die rechte Seite sich ihr gewiß anschließen. Er müsse anerkennen, daß die linke Seite schon viel von der rechten gelernt habe, da in dem Antrage des Abg. v. Patow sich viele Bestimmungen befinden, von denen die Linke vor 4 Jahren sich noch entfernt habe. Man müsse das Recht der guteherlichen Polizei vor jeder Willkür, auch vor der konstitutionellen Krone schützen, sonst könne man ebensowohl, wie man jetzt eine Verleihung wolle, später wiederum eine Aufhebung verlangen. Er läugne nicht einzelne Mängel der Dominal-Polizei, hoffe aber, daß durch eine strenge Beaufsichtigung derselben und damit das Schicksal abgewendet würde, was wegen Mangels der Beaufsichtigung die Patrimonialgerichtsbarkeit gehabt. Abgeordneter Strohn: Die Regierungs-Vorlage setze voraus, daß die guteherliche Polizei noch zu Recht bestehe, diese Auffassung sei eine irrige. Wenn durch Art. 42 die guteherliche Polizei aufgehoben sei, so sei sie durch Aufhebung desselben noch nicht wieder eingeführt, es sei nur ein Hindernis für die Wiedereinführung derselben weggefallen. Aber Art. 42 hebe zweifellos die guteherliche Polizei auf und dies sei eben so entschieden wahr, als es wahr ist, daß die Verfassung unser Staatsgrundgesetz ist. Die Verfassung aber mache die Polizei zu einem Hoheitsrechte. Unter diesen Umständen sei aber die Regierungsvorlage gegenstandslos. Uebrigens erkenne er das Bedürfnis einer Wiedereinführung keineswegs an. In England werde die Polizei durch Friedensrichter verwaltet und dieses seien Gutsbesitzer. Aber sie werden von der Krone ernannt und dieses Amt könne ihnen jederzeit entzogen werden. Seit die Rittergüter veräußert, die Einfassen der Ritter freie Männer geworden, sei die Guts-Polizei nur ein trockenes Reis, das der nächste Sturm verwehen werde. Durch die Verleihung der Polizeigewalt an die Rittergüter werde die königliche Gewalt dismembrirt. Er und seine Freunde seien jeder systematischen Opposition, aber sie stimmten nach ihrer freien Ueberzeugung. Die Sitzung wird vertagt.

In die Staatsschulden-Kommission sind gewählt: Abg. Büchtemann mit 103, Lehmann mit 153 und v. Hertefeld mit 154 Stimmen. Abgegeben waren 285 Stimmen, absolute Majorität 143. Die Herren v. Patow, Kühne und Carl (Ludowigs) erhielten eine größere Anzahl von Stimmen, die jedoch die absolute Majorität nicht erreichten.

Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.

Petition gegen den Branntwein. Die zahlreichen von uns schon erwähnten neueren Petitionen — einige derselben sind mit mehr als 2000 Unterschriften versehen — gegen das Branntweinbrennen und gegen die Branntweinschänken sind von der Kommission für Handel und Gewerbe beim Abgeordnetenhaus theils mit Uebergang zur Tagesordnung beseitigt, theils der Regierung zur Erwägung empfohlen worden. In den Motiven einer dieser Petitionen findet sich die beachtenswerthe Thatsache, daß mehr als 10,000 Menschen in Preußen alljährlich dem Säuerwahninnem verfallen.

Diese diese Ausführung sich überzeugend nachweisen, — die Petition bezeugt sich, sie bloß zu behaupten — so würde allerdings eine verschärfte Ueberwachung des Branntweinhandels gerechtfertigt erscheinen. Von den Petitionen gehen am weitesten in ihren Anträgen 5 durch den Abg. v. Berg für Wöhrungen und Dr.-Holland eingereichte und mit zahlreichen Unterschriften bedeckte des Superintendents Rietke und Genossen. Die dringen darauf, zur Minderung der Zehnerung und zur Abwehr des drohenden Mangels eiligt, ehe es zu spät ist, eine Gesetzesvorlage anzubringen, durch welche die Verwendung von Kartoffeln und Korn zur Branntwein-Fabrikation untersagt werde.

Deutschland.

x. x. **Frankfurt a. M., 10. Februar.** Da alle öffentlichen Mittheilungen über Inhalt und Zweck der von Seiten Oesterreichs an den Bund gerichteten Vorlage sich nur in sehr allgemeinen Umrissen ausgelassen haben, so dürfte es Ihren Lesern willkommen sein, etwas Genaueres über dieselben zu erfahren. Die durch den österreichischen Bundesstaatsgefandten Grafen v. Rechberg in der Sitzung der Bundesversammlung vom 7. d. M. abgegebene Erklärung theilt zunächst das Ergebnis der in der jüngsten Zeit zwischen den Höfen von Wien und St. Petersburg gepflogenen Unterhandlungen mit und erläutert dasselbe durch Beifügung des Wortlauts der in dem österreichischen Ultimatum enthaltenen Vorschläge, so wie der aus St. Petersburg eingegangenen Zustimmung. Die österreichische Vorlage hebt, indem sie ihre Genugthuung über den erzielten Erfolg kundgibt, auch mit Anerkennung den Einfluß hervor, welchen das preussische Kabinet und andere deutsche Regierungen auf eine günstige Entscheidung des russischen Hofes ausgeübt haben. Sie kommt wiederholt darauf zurück,

daß die in dem Präliminar-Entwurf enthaltenen Bedingungen in jeder Beziehung den deutschen Interessen entsprechen und nur eine weitere, bestimmtere Ausführung jener 4 Punkte darstellten, welchen der Bund schon im Jahre 1854 seine moralische Unterstützung geliehen habe. Zugleich wird noch die Bemerkung hinzugefügt, daß die beteiligten Mächte bei der Entwicklung der vier Punkte mit größter Mäßigung verfahren wären und nur die Absicht vor Augen gehabt hätten, die früher aufgestellten allgemeinen Grundzüge in bestimmter Anwendung zu verwirklichen und dadurch einer Wiederkehr europäischer Konflikte vorzubeugen. Die österreichische Erklärung rechnet mit großer Zuversicht auf das Gelingen des Friedenswerkes und weist im Voraus die Besorgnis ab, daß der allgemein gefaßte 5. Punkt des Ultimatus noch zu ernstlichen Zwistigkeiten führen könnte. Oesterreich findet vielmehr in der bis jetzt befundenen Mäßigung und dem verhältnißlichen Entgegenkommen der beteiligten Mächte die Bürgschaft dafür, daß etwaige Meinungsverschiedenheiten bei Feststellung des 5. Punktes jedenfalls den Gesamterfolg der Unterhandlungen nicht in Frage stellen werden. Auf alle diese Mittheilungen und Betrachtungen gründet sich dann der Antrag, daß der deutsche Bund durch eine gemeinsame Kundgebung sich bereit erkläre, im Anschluß an Oesterreich die Grundlage anzuerkennen und aufrecht zu halten, auf welcher der Friede hergestellt werden soll. So weit die österreichische Vorlage. Sie sehen, daß der eigentliche Antrag eine ziemlich unbestimmte, vieldeutige Fassung hat. Ueber die Aufnahme desselben von Seiten des Bundes haben Sie gewiß bereits Kenntniß erhalten. Das Ausschußgutachten wird wohl im Ganzen eingehend lauten und nur in Bezug auf den 5. Punkt Vorbehalt einlegen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Oesterreich sich befriedigt erklären wird, zumal da verlautet, daß schon Vorberatungen zwischen Wien, München und Dresden über diesen Gegenstand gepflogen worden sind. Man glaubt, daß die ganze Angelegenheit bereits in der nächsten Donnerstags-Sitzung zur Erledigung kommen wird.

Frankfurt a. M., 10. Februar. Herr v. Bourqueney, französischer Gefandter und bevollmächtigter Minister am Wiener Hofe, traf gestern Abend auf seiner Reise nach den pariser Konferenzen von Wien dahin ein und nahm im „Englischen Hofe“ Abschiedsquartier. Ebendasselbst hat der russische Staatsrath v. Kopeuev, der vorgestern von Petersburg hier ankam, Logis genommen. — Die von hier ausgegangene Petition mehrerer Redaktionen deutscher Zeitungen, welche dem Mißbrauch des Nachdrucks telegraphischer Depeschen zu steuern beabsichtigt, dürfte in nicht ganz ferner Zeit bei dem Bund zur Verhandlung kommen, da, dem Vernehmen nach, der betreffende Ausschuß bereits mit einer gründlichen Prüfung jener Eingabe beschäftigt ist und zu dem Ende mehrere Sitzungen gehalten hat.

11. Februar. Baron v. Brunnow, der russische Gesandte bei dem Bunde, verläßt heute Frankfurt, um sich als Bevollmächtigter Russlands nach Paris zu begeben. (N. 3.)

Oesterreich.

Wien, 12. Februar. Mit dem heutigen Abend-Train verläßt Graf Buol und seine Begleitung die Residenz, um zu den Konferenzen nach Paris abzugehen. Das Gefolge des Ministers des Auswärtigen ist sehr glänzend. Außer den beiden schon genannten Hofrathen, v. Mesyemburg und Kleßl befindet sich darunter auch der Hofsekretär Baron Buol, der Legations-Sekretär Graf Coloman Szekenyi, ein junger Cavalier, welcher erst jüngst den Grafen Esterhazy nach Petersburg begleitet hat und der Schwiegersohn des ersten General-Adjutanten des Kaisers, Grafen Grüne, ist; ferner der Kanceller-Mittmeister Fürst Schwarzenberg, der älteste Sohn des regierenden Fürsten und der Ministerial-Offizial v. Werner, Sohn des Unter-Staatssekretärs v. Werner, welcher in Abwesenheit des Ministers des Auswärtigen dessen Stelle vertritt. Sie nehmen die direkte Route nach Paris und gedenken am 16. bereits in der französischen Hauptstadt angekommen zu sein. — Im verfloffenen Jahre geschah es, daß nach Siebenbürgen ohne nähere Information, sondern bloß durch die Vorpiegelungen eines Agenten eine größere Ansiedelung versucht wurde, welche aber gleich in ihrem Anfange gänzlich mißlang und ohne Dazwischenkunft der dortigen Behörden dem sicheren Verderben entgegengegangen wäre. Dies veranlaßte nun die Regierung zu genaueren Erhebungen über die Verhältnisse in Siebenbürgen und über die Bedingungen, unter denen für Colonisations-Unternehmungen ein günstiges Ergebnis gewärtigt werden könne. Es geht daraus hervor, daß unter den drei Gattungen von Ansiedlern und zwar unter denen, welche den Ackerbau zu betreiben beabsichtigen, jene, welche sich dem Betriebe eines Gewerbes widmen, und solche, welche als Hilfsarbeiter bei einem Gewerbe oder als Tagelöhner ihr Unterkommen zu finden gedenken, nur Gewerbsleute und Tagelöhner auf ein sicheres Fortkommen rechnen können, daß dagegen jene Ansiedler, welche den Ackerbau betreiben und Grund und Boden ankaufen wollen, wenn dies nicht in größerem Maßstabe geschieht und ein großer Fonds vorhanden ist, mit zu großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Denn wiewohl Siebenbürgen sehr günstige Voraussetzungen für Colonisations-Unternehmungen bietet, so bestehen doch noch in diesem Lande so eigenthümliche, aus der Vergangenheit sich datirende rechts- und thatsächliche Verhältnisse, die zu Eigentumsstreitigkeiten großen Anlaß bieten.

Wien, 12. Februar. [Vom Hofe. — Vermischtes.] Se. königl. Hoheit der Erzherzog Albrecht wird in Kürze von Ofen hier eintreffen. — Se. Hoheit Prinz Wilhelm von Württemberg ist am 12. von Stuttgart hier angekommen. — Zur bevorstehenden Feier der silbernen Hochzeit Sr. Maj. des Kaisers Ferdinand wird ein Theil der besten Kräfte des k. k. Hofburgtheaters sich nach Prag begeben, um daselbst bei einer theatralischen Festvorstellung mitzuwirken. — Als ein Beweis, wie tiefgewurzelt im Volke die Ueberzeugung ist, daß man sich direkt an den Kaiser wenden könne, um sein Anliegen anzubringen, diene folgende Scene, die sich gestern in der k. k. Hofburg ereignete. Ein eben nicht audiencemäßig gekleideter Mann erschien nämlich im Vorsaale der Gemächer Sr. Majestät und begehrte zur Audienz vorgelassen zu werden. Da er aber die für einen solchen Fall nöthigen Schritte, als vorherige Anmeldung und dergleichen nicht beobachtet hatte, wurde er von der k. k. Hofdienerschaft zurückgewiesen. Er aber ließ sich das nicht gefallen und postierte so lange, bis man endlich den Generaladjutanten Sr. Maj. Grafen von Grüne herbeirief, der den Mann ins Verhör nahm, und da es sich herausstellte, daß er wirklich ein Anliegen an den Kaiser habe, ihm sogleich den Zutritt zur Audienz bei Sr. Majestät gestattete. — Bei der vorgestrigen Praterfahrt, die des milden Wetters wegen sehr lebhaft war, geschah es, daß ein Rad an dem Hofwagen, in welchem Ihre Majestät die Kaiserin fuhr, brach. Der Unfall wurde jedoch von einem vorbeifahrenden Fiaker noch rechtzeitig gemerkt, der den Kutscher auch sogleich aufmerksam machte. Der Wagen hielt augenblicklich an und Ihre Majestät setzte, bis ein anderer Hofwagen herbeigeholt war, die Promenade zu Fuße fort. — Der k. k. Hof- und Ministerialrath, Hr. v. Ledenbager, welcher mit dem ad latus des Gouvernements für das lombard.-venet. Königreich, Grafen von Thun in Wien verweilt, ist am 12. von hier nach Verona zurückgereist. — Am 12. ist von hier der k. belgische Courier, Herr Kerndt, mit Depeschen nach Brüssel abgegangen. — Die Kredit-

anstalt für Handel und Gewerbe beabsichtigt ihre Gebährungsweise von Monat zu Monat zu veröffentlichen. Schon der erste Ausweis dürfte erhebliche Gewinne nachweisen, denn alle Papiere, welche die Anstalt noch vor dem Bekanntwerden der großen Friedensnachricht einkaufte, waren schon nach wenigen Tagen bedeutend im Course gestiegen. Diese Einkäufe umfassten größtentheils Nationalanleihen- und Grundentlastungsbobligationen, Dampfschiffahrts-Aktien etc. — Die berühmte Tragödin Ristori trifft am 12. hier ein und eröffnet am 14. im k. k. Hofopertheater einen Cyclus von 10 Vorstellungen. — Fjotow, dessen neueste Oper „Albin“ (Text von Mosenthal) am 12. im hiesigen Hofopertheater zur ersten Aufführung gelangt, wird schon am 13. seine Rückreise nach Schwerin antreten.

Die Verhandlungen der Münz-Konferenz in Wien haben, wie die „R. Z.“ schreibt, ihren ungeklärten Fortgang. Daß die Silberwährung beizubehalten ist und die eigentliche Grundlage der Landeswährung zu bilden hat, ist bereits als Grundsatz von allen an der Konferenz Theil nehmenden Staaten angenommen worden. Was die ursprüngliche österreichische Proposition betrifft, die Einigung zuvörderst in einer auch für den Weltmarkt geeigneten Münze, welche in Gold an Gehalt und Form von allen Staaten gleich ausprägen wäre, zu bewerkstelligen, so vernimmt man, daß dieser Vorschlag dahin modificirt worden ist, daß dieser einzuführende Münze zwar ein gesetzlich festgesetzter, aber wechselnder Werth beigelegt werden müßte, der sich nach dem relativen Marktpreise des Goldes zum Silber richten würde. Nach gewissen Perioden, oder wenn sich der Werth des Goldes am Markte plötzlich ändert, würden die kontrahierenden Staaten zusammentreten und das Werth-Verhältniß festsetzen, in welchem das Gold zum Silber-Metall stehen soll. Der Antrag, allgemeine gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich des Feingehaltes von goldenen und silbernen Geräthschaften zu erlassen, wurde fallen gelassen. Dagegen heißt es, daß auch die Papiergeld-Frage in den Bereich der Beratungen gezogen werden solle. Einweilen herrscht noch strenges Geheimniß über die Resultate der Konferenzen; doch soll der Fortgang ein ziemlich guter sein, und hoffen die Konferenz-Mitglieder, gegen Mitte des nächsten Monats Wien verlassen zu können.

Rußland.

Das stockholmer „Aftonsbladet“ vom 2. d. M. enthält mehrere Notizen, die es einem aus Finnland nach Stockholm gelangten Privatbriefe entnommen zu haben versichert. Die Kunde von dem schwedischen Vertrage hatte darnach in Petersburg einen außerordentlichen Eindruck gemacht und viele den Hoffreien angehörige gewichtige Stimmen hatten sich dahin geäußert, daß Rußland sofort Schweden den Krieg erklären müsse. Bei dem in Petersburg gehaltenen Kriegsrathe, in welchem dieser Gegenstand zur Sprache kam, habe der eigens deshalb nach Petersburg berufene Generalgouverneur von Finnland, General v. Berg, zwar nicht entschieden eine Kriegserklärung widerrufen, aber doch erklärt, daß er in diesem Falle für die Finnen nicht einstehe könne, wenn ihm nicht eine neue Armee von 60,000 Mann außer den bereits in Finnland stehenden Truppen und dem zu aktiven Operationen gegen Schweden bestimmten Heere zur Disposition gestellt würde. Es sei darauf beschlossen worden, den schwedischen Vertrag vielmehr als eine Bagatelle zu behandeln. — Der Kaiser werde in Begleitung des Generals Totleben im März in Helsingfors und Sweaborg erwartet. Inzwischen gehen die Arbeiten an den Befestigungen und Vertheidigungsanlagen auf allen Seiten des finnischen Meerbusens fort, namentlich in der näheren Umgebung von Sweaborg und bei Riga. Anfangs Dezember sei ein russisches Linien-Schiff bei Åbo, außen vor Lovisa, auf Grund gerathen und lag dort fest. Es habe eine große Zahl Kanonen und 6000 Sacke Mehl an Bord gehabt. Die Pumpen wurden die ganze Zeit über, so weit es das Eis gestattete, angewendet; aber alle Anstrengungen zur Rettung waren vergeblich. Das Schiff war nur auf dem kurzen Wege von Kronstadt nach Sweaborg begriffen gewesen.

Frankreich.

Paris, 10. Febr. [Eine cause célèbre. — Studenten und Soldaten.] Eine wahre cause célèbre ist ein Erbschaftsprozess, der in diesem Augenblicke vor unserem Civilgerichte verhandelt wird und in dem sich unsere berühmtesten Advokaten — Berrier, Cremieux, Dufaure u. s. w. — gegenüberstehen. Der Gegenstand des Prozesses ist die enorme Hinterlassenschaft (total 46 Millionen Franken) der Gebrüder Michel, von denen der zuletzt Verstorbene, Michel le jeune, seinen natürlichen Sohn zum alleinigen Erben eingesetzt hatte. Die beiden Michel waren in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts angeklagt gewesen, einen reichen Banquier und seine Familie in Vichy ermordet zu haben, aber sie wurden freigesprochen. Später bereicherten sie sich als Lieferanten der kaiserlichen Armee. Michel le jeune lebte, obgleich verheirathet, im Konkubinat mit seiner Köchin, die im Jahre 1832 einen Sohn gebar, welcher den Namen Lejeune und nach dem Tode seines Vaters dessen ganzes Vermögen erhielt. Vor einiger Zeit zeigten die Schwestern des Michel ein von diesem wenige Tage vor seinem Tode geschriebenes Codicill vor, in welchem das erste Testament dahin modificirt ist, daß Lejeune nur etwa die Hälfte des Vermögens erhalten, die andere Hälfte unter die Schwestern des Erblassers vertheilt werden soll. Außerdem bestimmt Michel den Armen und der Gemeinde von Vichy bedeutende Summen. Ist dieses Codicill ein echtes oder fabricirtes? Das ist die Frage! Im ersteren Falle wäre es — beiläufig gesagt — bedeutsam, daß Michel gleichsam in der Todesangst gerade den Ort (Vichy) bedachte, wo er eines Tages ein Verbrechen verübt haben sollte. Dufaure plaidirt für Lejeune, Berrier und Cremieux für die Verwandten des Michel. Im Laufe dieser Woche wird der Staatsanwalt seine Konklusionen stellen. Gestern sprach Berrier, und zwar mit seiner gewöhnlichen Meisterhaft. — Fast zu derselben Stunde standen 15 von den Studenten, welche den Professor Alfard ausgepöppelt hatten, vor dem Justizpolizeigerichte. Nur einer wurde freigesprochen, die andern erhielten sechs, vier und zwei Monate Gefängnißstrafe. Auffallend ist die Aussage des Polizei-Agenten, der in der Rue Soufflot misshandelt worden war. „Als die bewaffnete Macht herbeieilte, riefen die Studenten: Vive la ligne! Il n'y avait que trois soldats qui se sont abstenus.“ Was soll das heißen? Ist es eine Befestigung des Gerüchtes, die Soldaten hätten Anstand genommen, gegen die Studenten einzuschreiten? Man munkelte damals dergleichen.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Febr. Erst gestern wurde der öffentliche Ankläger mit seiner Dokumentation im Reichsgerichte fertig; unmittelbar darauf begann Staatsrath Salicath, einer der beiden Vertheidiger der Exminister, die seinige, setzte sie heute fort und wird wohl erst übermorgen (11.) dieselbe beenden, worauf der andere Vertheidiger, Advokat Liebe, die seinige beginnen wird. Beiden Parteien ist dann noch eine Replik vorbehalten. — Der „dänische Staatskalender für das Jahr 1856“ ist so eben erschienen. Er ist ausführlicher und genauer als die vorhergehenden Jahrgänge, und enthält u. A. alle jetzt in allen einzelnen Staatstheilen geltenden Verfassungen. Es sind deren 9: 1) das Gesamtstaatsverfassungsgesetz; 2) das westindische Kolonialgesetz; 3) das Grundgesetz für das Königreich; 4) die Modifikationen

desselben; 5) das isländische Althingsgesetz; 6) das Lagthingsgesetz der Faröer; 7) die schleswigsche Provinzialstände-Verordnung; 8) die holsteinische Provinzialstände-Verordnung; 9) die lauenburgische Verfassung.

Amerika.

P. C. Die aus der letzten Revolution Nicaragua's hervorgegangene Regierung dieses mittelamerikanischen Staats hat, wie jüngst uns zugegangene Berichte sagen, die Absicht, das Band zwischen den fünf Staaten Central-Amerikas zu erneuern. Honduras und Salvador sollen zu diesem Zwecke bereits Kommissarien nach Granada, der Hauptstadt Nicaragua's, geschickt, Guatemala und Costa Rica aber die Absendung solcher Kommissarien verweigert und gegen die neuesten Vorgänge in Nicaragua überhaupt Protest eingelegt haben. — Wenn nun schon englischerseits neuerdings einige Vorkehrungen gegen die Uebergriffe derjenigen Nationalität, von der die vorjährige Revolution so greifbare Unterstützung empfing, getroffen wurde, so gewinnt doch die nordamerikanische Bevölkerung mehr und mehr an Terrain. Schon im Spätherbst vorigen Jahres erwartete man eine Expedition von Californien aus nach Honduras, und zuletzt dürften auch Costa Rica und Salvador an die Reihe kommen. Bringt man dann in Rechnung, daß der von Neu-Granada abgelöste und zu einem eigenen Staate umgewandelte Kolumbus von Panama sich fast in den Händen der Nordamerikaner befindet, so wird es schwer, zu glauben, daß der britische Dreizeck so leicht wieder zu dem früheren Einfluß in dortigen Gegenden gelangen werde.

Provincial-Beitrag.

Breslau, 13. Febr. Am heutigen Morgen, in der fünften Stunde, starb am Nervenfieber Herr Johann Julius Seidel, Organist an der Christophori-Kirche, Vorsteher eines Instituts für Orgelspiel und Harmonielehre und Schriftsteller im Fache des Orgelbaues, einer der besten und edelsten Menschen und unser alter Freund und lieber Kollege. Er war in Breslau am 14. Juli 1810 geboren und zeigte schon frühzeitig Lust zur Musik. Seine Eltern, redliche aber unbemittelte Bürgerleute, hätten ihn trotz seiner Neigung zur Tonkunst, dennoch ein Handwerk lernen lassen, wäre er nicht in früherer Jugend durch einen Unfall körperlich verunglückt. Sie sorgten nach Kräften für seinen Schul-Unterricht, so daß unser Seidel das Elisabeth-Gymnasium als Tertianer verließ. Erst nachdem er das 11. Jahr erreicht, gestatteten es die äußeren Verhältnisse der Eltern, ihm Musik-Unterricht erteilen zu lassen. Der künstlerische Standpunkt seines Lehrers muß indes kein bedeutender gewesen sein, da er nach 3 Jahren erklärte, er wisse nicht mehr, was er dem Knaben zu spielen geben solle. Der Unterricht hörte mit dieser Erklärung ganz auf und Seidel war genöthigt, sich selbst fortzuhelfen. Er übte sich auf einem alten Pianoforte von 4½ Oktaven (die jetzigen Instrumente haben 7 Oktaven), das für 8 Thaler gekauft worden war. Befreundete Personen liebten ihm Klavierstücke, und es bereitete ihm große Freude, wenn er auf dem Flügel eines Beamten, dessen Kinder Seidel's Jugendgepielen waren, zuweilen spielen durfte. Nebenbei las er Anweisungen zum Generalbass, und da seine Vorliebe zum Orgelspiel entschieden hervortrat, so schenkte er weder Wind noch Wetter, wenn er eine Orgel hören konnte. Er lauschte dem gewaltigen Spiele Berners, sowie dem gemüthlichen Neugebauers. Er schrieb sich Choral ab, zeichnete sich mit Kreide eine Pedalklavatur unter sein Klavier und übte sie auf solche Weise ein. Nicht selten spielte er bei St. Magdalena, nachdem die Bälge abgelaufen waren, auf der summen Orgel. Es ist wahrhaft rührend, wenn man bedenkt, wie mühevoll Viele zu ihrem Ziele gelangen müssen, während es andern leicht gemacht wird. Der Organist Alke an der Christophorikirche erlaubte Seidel vom Sept. 1827 ab, ihn zuweilen zu vertreten, und überließ ihm seine theoreetischen Werke und Materialien zum Gebrauch. Ebenso weihen ihm die tüchtigen Meister im Orgelbau Müller sen. und jun. in ihre Kunst ein. Am 1. Januar 1834 wurde Seidel Organist an der Armenhauskirche und 1837 im April erhielt er, nachdem Alke im 78. Lebensjahre gestorben, das Organisten-Amte an St. Christophori, das er bis an sein Lebensende treu und gewissenhaft verwaltete. 1838 begann er sein bekannt und berühmtes Werk: „Die Orgel und ihr Bau“, das 1842 dem Druck übergeben wurde und 1843 in Breslau bei Leuckart erschien. Schon im November desselben Jahres wurde eine zweite Auflage nöthig; später ist es auch in das Französische und Englische übersezt worden. Bei unserem Aufenthalte in Paris und London war das Werk den dortigen Orgelbauern und Organisten bereits bekannt. Ehrenvolle Anerkennung in Betreff dieses Werkes erhielt Seidel sowohl von Seiten der Behörden als auch von bedeutenden musikalischen Notabilitäten, wie z. B. von Mendelssohn, Marx, Bach, Wilke etc. In Folge dieser Schrift wurde Seidel oft mit der Revision von Orgelbauanschlägen und der Prüfung vollendeter Orgeln betraut.

Vor einem Decennium errichtete Seidel ein Institut für Orgelspiel und Harmonielehre, zu welchem Behufe er sich eine sehr hübsche zweifelhafte Orgel von Robert Müller bauen ließ. Die alljährigen Prüfungen hielt er in der Christophorikirche ab, und wir hatten dabei immer die Freude, uns über die günstigen Resultate derselben öffentlich auszusprechen zu können. Seidel war ein tüchtiger, solider Organist, ebenso als Lehrer und Schriftsteller in seinem Fache ausgezeichnet. Als Mensch kann man ihn zum Muster aufstellen. Er war lebenswürdig, bescheiden, wohlthätig, gottesgegeben, und einer der Seltenen, von dem man sagen kann: er hatte keine Feinde. Friede seiner Alke!

Hesse.

Breslau, 13. Februar. Die Zahl der quartierpflichtigen Grundstücke in der Stadt und in den Vorstädten im Jahre 1855 betrug 2,969, die Einquartirungs-Klassirung derselben 11,138 Mann, einquartirt waren in gedachtem Jahre, alles zu Gemeinkosten gerechnet, 109,876 Gm.-Köpfe, so daß sich der Einquartierungs-Numerus für jedes Grundstück auf 10 Tage stellte.

Breslau, 12. Febr. [Die Knüttelsche höhere Töchter-Schule und Erziehungsanstalt, Schweidnitzerstr. Nr. 47] hat durch den allzufrühen Tod ihres bisherigen Leiters, des Herrn Prediger Knüttel, allerdings einen großen Verlust erlitten; indes wird Herr Seminar-Oberlehrer Chr. G. Scholz, welcher sich seit Jahresfrist der verlassenen ehemaligen Schönderschen Töchter-Schule rühmlichst annahm, an die Spitze des bereits so beliebten ebengenannten Instituts treten und dasselbe in dessen gegenwärtigen freundlichen Räumen in der bisherigen schönen innern und äußern Einrichtung dirigieren. — Diesem genügt der Anstalt zu ihrer weiteren Empfehlung; doch kann ihr hierzu auch noch folgender beachtungswerthe Umstand wesentlich dienen. Nach Uebernahme der Leitung durch Herrn Scholz wird, wie wir vernommen, einer der wichtigsten Zweige der körperlichen Erziehung, nämlich die pädagogische Gymnastik, eingeführt werden, von einer auf diesem Gebiete wohlvertrauten und geübten Dame geleitet, was den resp. Eltern gewiß sehr willkommen sein dürfte. Auch soll Herr Oberlehrer Scholz, wie verlautet, zur Gewinnung einer Direkti ce mit einer gebildeten Dame Unterhandlungen angebahnt haben.

e. Löwenberg, 12. Februar. Auch das dritte Konzert der Hofmusik Hr. Pohle des Fürsten von Hohenzollern-Hechingen am letzten Donnerstag brachte von sechs Vortragsstücken vier neue, und zwar war die Ouvertüre zu „Prometheus“ von Beethoven ein hier noch nicht gehörtes Opus, womit die erste Abtheilung in wirkungsvoller Ausführung ihren Anfang nahm. In dem hierauf folgenden Vortrage eines Adagio und Rondo für das Horn von Räglickebeck wurde von Herrn

Klos das Erstere mit großer Zartheit behandelt, das Letztere wurde bis auf ein paar unklare Gänge recht gelungen vorgetragen. Beim Vortrage eines Klavierkonzerts aus G-moll von Mendelssohn Bartholdy zeigte Herr Apfelfeld die ganze Gediegenheit seines meisterhaften Klavierspiels. Der Chor aus der Oper „das Nachtlager von Granada“ von Kreutzer und Prokofiev aus der Oper „die Genueserin“ von Lindpaintner machten den Beschluß der ersten Abtheilung. Die zweite wurde fast ganz ausgefüllt durch die Aufführung der „Wäste“, Symphonie-Ode in drei Abtheilungen mit deflamirten Strophen, Gesängen und Chören. Musik von Felicien David. Die Kapelle und der dabei thätige Sängerkhor löseten ihre Aufgabe in würdiger Weise, die Solis trug Herr Kammer-Sänger Kluth mit Begeisterung vor. Den Entschluß für Musik malerei überläßt es der Berichterstatter, sich über den Werth des Werkes weiter zu verbreiten. Durch den Vortrag der Ouvertüre zu „Robert der Teufel“ von Meyerbeer wurde dieses Konzert, welches wiederum ein recht zahlreich besuchtes war, geschlossen. — Das plötzliche Thaumetter gegen Ende voriger Woche schwellte den Bober mächtig an. Der achtehnjährige Müllersohn aus der Mühle zu Nieder-Sirgwis, bei der Schleuse beschäftigt, ward von den ungestümen Wellen mit fortgerissen. Seine älteste Schwester sah den Bruder noch einmal die Arme aus den Fluthen nach Hilfe ausstrecken, wiewohl vergeblich, und seit diesem letzten für die Eltern schrecklichen Sonnabend wissen diese Gebeugten nicht, wo ihres ältesten Sohnes nasses Grab zu suchen sein möge, obwohl sie weder Zeit noch Mühe zu dessen Erforschung gespart haben. — Am Sonntag Abend wurde das Wohnhaus eines Bauernhofes in Siegmundsdorf, Kreis Bunzlau, ein Raub der Flammen, deren Entstehungsbursache zur Zeit noch unbekannt ist. — In Stellvertretung des schon ziemlich bejahrten Kreisgerichts-Direktor Lachmünd zu Bunzlau wird für die nächste, zum 18. Februar d. d. b. beginnende erste diesjährige Schwurgerichtsperiode der hiesige Kreisgerichts-Direktor Borchmann als Präses des Schwurgerichts fungieren. — Das neueste Kurrendenblatt für den hiesigen Kreis ist am gestrigen Tage außerordentlich ausgeben worden und bringt die Verordnung, daß Nachtpatrouillen zur allnächtlichen Kontrollirung und Assistenz der Nachtwächter schleunigst zur Ausführung kommen sollen. In jeder Vorgemeinde ist der Gerichtsschulze der Kommandant der Patrouillen, deren Dienst Abends 11 Uhr beginnt und früh 4 Uhr aufhört. Das bedrohliche Ueberhandnehmen der frechen nächtlichen Verbrechen im Kreise mag allerdings diese für die Bewohner des platten Landes sehr lästige Sicherheitsmaßregel zur traurigen Nothwendigkeit gemacht haben. — Um mit etwas Erfreulichem zu schließen, bemerke ich, daß am 4. und 11. Februar die Preise der verschiedenen Getreidegattungen auch auf hiesigem Plage um mehrere Groschen gefallen sind. Als höchste Preise wurden für den Scheffel weißen Weizen 5 Thlr. 5 Sgr. und 4 Thlr., gelben Weizen 4 Thlr. 25 Sgr. und 3 Thlr., Roggen 3 Thlr. 22 Sgr. und 3 Thlr., Gerste 2 Thlr. 19 Sgr. und 2 Thlr. 5 Sgr. und Hafer 1 Thlr. 9 Sgr. und 1 Thlr. 7 Sgr. bezahlt.

Hirschberg, 12. Febr. Herr v. Grävenitz, der Abgeordnete unseres Kreises, ist gestern hier angelangt, und ein Gerücht sagt, daß derselbe seine Landrathstelle gegen eine höhere amtliche Stellung in Berlin verlaufen werde. An seine Stelle soll dann Herr v. Jedlitz, Schlosshauptmann zu Erdmannsdorf, welcher bis jetzt als Stellvertreter das Landrathamt verwaltete, dirigirt werden. — Auf einige Tage des herrlichsten Wetters, welches Jung und Alt herauslockte und bei einer Temperatur von circa 14—16 Gr., sogar viele Damen veranlaßte, vor den „drei Eichen“ zu sitzen und daselbst, wie zur Zeit der Hundstage, ihren Mokka zu schlürfen, während muntere Knaben auf den benachbarten Wiesen, auf denen schon die grünen Spitzen der Flora naseweis hervorgucken, sogar Schmetterlinge verfolgten, folgte heute ein nachkaltes Regenwetter, das die Straßen leer und das Schauspielhaus voll zu machen versprach. Die Kinder Thalias würden eben darüber um so weniger erzürnt sein, als bei ihren niedrigen, im Gegensatz zu den noch immer hohen Brodtpreisen, denselben ein stets volles Haus wohl zu wünschen wäre. Herr Direktor Schiemang wird den 19ten d. Hirschberg verlassen, um mit seiner Gesellschaft anderweitig sein Glück und Heil zu versuchen.

(Notizen aus der Provinz.) * Glogau. Am 11. d. M. hielt ein großer Theil der Gasfonsumenten eine Versammlung ab, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, ein Kontrol-Komitee zu erwählen, das den allseitigen Beschwerden der Konsumenten durch geeignete Schritte Abhilfe verschaffen soll. Die Wahl traf die Herren A. Prausnick, Mechanikus Raschke, Uhrmacher Weiß, Jul. Kunze. Durch Circular soll binnen 8 Tagen Bericht erstattet werden. Zu bemerken ist noch, daß dem Unterge, die Gasanstalt durch die Stadt käuflich übernommen zu sehen, nicht beigestimmt ward.

+ Marklissa. Die Fastnacht hat sich hier nur durch einen größeren Verbrauch von Hirse bemerkbar gemacht. — Sehr zweckgemäß ist die Anordnung des Hrn. Landraths, daß von jetzt ab bis zum zweiten Osterfeiertage wegen des fortwährenden Nothstandes keine Erlaubniß zu öffentlichen Lustbarkeiten erteilt werden darf. — Der 12jährige Pianist Otto Gölzner aus Bunzlau ist von seiner Kunstreise aus Sachsen hier angekommen und hat das Publikum bereits durch seine Leistungen erfreut.

Δ Freistadt. Der am 11. d. M. stattgehabte Pferdemarkt war von Verkäufern wie auch Käufern zahlreich besucht. Die Zahl der Pferde belief sich auf ungefähr 1800 Stück, wovon ein großer Theil zu hohen Preisen verkauft wurde. Wäre das Wetter besser gewesen, so würden sicher noch mehr Geschäfte gemacht worden sein.

Liegnitz. Am vielseitigen Aufforderungen zu genügen, hat der philomathische Verein beschlossen, noch im Verlaufe dieses Winters einen Cyclus von 6 öffentlichen wissenschaftlichen Vorträgen zum Besten des hiesigen Frauenvereins zu veranstalten. Die Vorträge werden von den Herren Kreisgerichts-Rath Eisenhardt, Referendar Klsr, Prof. Scheibel, Oberlehrer Dr. Schirmacher, Direktor Schröder und Oberlehrer Dr. Rehme gehalten werden und zwar Montags von 7—8 Uhr im Saale des Gasthofes zum Rautenfranz. Montag den 18. wird der erste Vortrag beginnen. — Der St. Vincenz-Verein wird nächstens eine Verloosung zum Besten der hiesigen Armen abhalten. — Hier ist ein neues Institut ins Leben getreten, von welchem man sich viel Segen verspricht. Es ist dies nämlich ein von Hrn. Bankier Pollak ins Leben gerufenes Institut unter dem Namen „Liegnitzer Vorschuß-Verein“, welcher zunächst die Unterstützung des Handwerkerstandes und kleinen Gewerbmannes bezweckt.

— Hirschberg. Hr. Superintendent Roth hat an Liebesgaben für Liebschaft-Waltersdorf bereits die Summe von 268 Thlrn. 8 Sgr. 10 Pf. gesammelt.

Fenilleton.

○ Breslau, 13. Februar. Herr Kapellmeister Dorn hat eine neue Oper, diesmal eine komische, fertig, und soll, erfreut über den glänzenden Erfolg, welchen seine „Nebelungen“ hier fanden, den Wunsch geäußert haben, dieselbe auf unserer Bühne zuerst zur Aufführung zu bringen.

Morgen (Donnerstag) wird Herr Dorn seine Oper selbst dirigieren und seine Freude über ihren hiesigen Success wird sich ohne Zweifel ansehnlich steigern, wenn er aus eigener Wahrnehmung das fast unvergleichliche Ensemble schöner Kräfte kennen lernen wird, welches seine „Nebelungen“ zur Geltung bringt. Andererseits werden die zahlreichen Freunde dieser Oper gespannt darauf sein, zu erfahren, ob unter Direktion des Meisters selbst die Schöpfung neuen Reiz gewinnt, und wir dürfen uns wohl um so mehr einen zahlreichen Besuch der Vorstellung versprechen, als dieselbe zum Benefiz der Frau Maximilian Statin, einer Sängerin, deren schönes Talent sich die allgemeinste Anerkennung erworben hat.

Das Benefiz für die Krankenkasse der Theater-Kapelle, für welches die Oper Zampa zur Aufführung bestimmt ist, kann erst nächste Woche

stattenfinden, und da Herr Dorn seinen Besuch bis dahin nicht verläugern kann, werden wir leider um den Genuß kommen, seine Symphonie zu hören, zu deren Aufführung sonst Aussicht war.

Reisefizzen aus Ungarn.

Ja, es ist eine uns noch ganz deutsch anheimelnde Stadt, das liebe Preßburg, und nicht umsonst erinnert der eberne Sanct Michael auf dem nach ihm benannten Turme — in dem sich noch das letzte, aus der frühern Mauerumwallung erhaltene Stadthor befindet — an den deutschen Michel. Er ist seinem Namensbruder ein wackerer Schutzpatron gewesen, und alle Anstrengungen, welche der Magyarisismus in vor-märzlicher Zeit gemacht, auf legislativem und sozialem Wege, durch herrisches Drängen, Waffens des Spottes und kirkendes Lob — haben nichts vermocht gegen die zähe Natur und den passiven Widerstand des preßburger deutschen Michels. Selbst die periodisch wiederkehrenden, in der alten Krönungsstadt abgehaltenen Landtage, welche eine magyarisische Einquartierung in jedes Haus legten, haben mit ihrer Propaganda wenig ausgerichtet, wenn sie auch manches holde deutsche Kind in die Pustta entführten. Ob nicht mit der Zeit die angestrebte Assimilierung doch gelungen wäre, das freilich ist eine andere Frage, und eifrige Deutsche, mit denen ich diesen Punkt erörterte, sprachen ihre Ueberzeugung dahin aus, daß eine allmähliche Aufsaugung des deutschen Elementes durch das magyarisische nicht hätte ausbleiben können, wenn das rollende Rad des Jahres 1848 in seinem Laufe nicht zurückgepflegt worden wäre.

Preßburg, das an 50,000 Einwohner zählt, hält gerade die goldne Mitte zwischen groß- und kleinstädtischem Leben, und besitzt bis zu einem gewissen Grade die Vorzüge des einen, ohne die Schattenseiten des anderen. Es ist, was wir so nennen, eine gemüthliche Stadt, und daran ist die schöne Umgebung, — die ich leider nur in ihren winterlichen Reizen kennen lernte — gewiß nicht ohne Antheil. Nur Graz soll in dieser Beziehung mit Preßburg weiteifern können, und wenn man der feierlichen Hauptstadt eine pittoreskere Gebirgslandschaft nachräumt, so hat die alte Krönungsstadt die Lage an dem breiten stolzen Donauströme voraus. Dieß ist an baum- und rebenbesetzten Anhöhen — die letzten Ausläufer der Karpathen — gelegen, ist sie mit dem jenseitigen fachen Ufer durch eine — für Fußgänger unentgeltlich zu passierende — Schiffbrücke verbunden, und gewährt so dem Spaziergänger die Wahl zwischen gleich nahen Gebirgspartien und dem Lustwandeln in schattigen Auen, unter welchen die sogenannte städtische Au in einen wohlgepflegten Park mit englischen Anlagen umgewandelt ist, der mit Kaffeehaus, Arena und andern Belustigungsorten den Preßburger die Stelle des wiener Praters vertritt. Wie man mir erzählte, war hier zur Zeit, als noch die ungarischen Reichstände in Preßburg tagten, das Stelldichein und die Lieblingspromenade der „Landtagsherren“, denn der Magyarr, ein Sohn der Steppe, liebt das Vergleichen nicht. Der Preßburger selbst zieht jedoch meist die reinere Luft der Gebirge vor, und die auf jedem schöneren Punkte daselbst anzutreffenden öffentlichen Gärten und Kaffehäuser liefern den Beweis, daß die Preßburger nicht bloß sehr fleißige Gebirgsbesucher sind, sondern auch gleich dem Wiener mit dem Genuße der schönen Natur auch den materiellen einer Wagenstärkung zu paaren lieben.

Der Besitz eines Obst- oder Weingartens gehört nach preßburger Begriffen zu den Attributen eines ganzen Mannes, und der Strebsame ruht nicht, bis er dieses Ziel bürgerlicher Reputabilität erreicht hat, dann aber, setzte mein Gewährsmann lächelnd hinzu, hat er in der Regel auch sein Capua gefunden, oder, um es richtiger auszudrücken, seine deutsche Bärenhaut. Diese Vorliebe für's Naturdämmern sei mit Schuld daran, wenn Handel und Gewerbe gern noch in dem alten bequemen Schlenker fortgingen. Die Noth der Zeit, die mit der Gewerbefreiheit hereinbrechende Konkurrenz, werden auch hierin Manches ändern.

Ein nicht unbeträchtlicher Theil der preßburger Bevölkerung lebt übrigens ausschließlich vom Weinbau. Diese Weinbauer oder „Sauer“, wie sie der Preßburger nennt, bilden eine eigene Kaste, haben ihre besondere Tracht, eigenthümliche Sitten und Gebräuche; bis zum Jahre 1848 hatten sie auch ihre eigens uniformirte Bürger-Miliz. Es sind arbeitsame Leute und ein kräftiger Menschenschlag. Sie heirathen, mit seltenen Ausnahmen, nur unter sich. Die älteren von den Männern tragen noch das Haar mit einem Kamm zusammengehalten, zum echten Staat dürfen silberne Nothknöpfe nicht fehlen. Zum guten Theil Protestanten, und zwar eifrige, bilden sie den Grundstock der preßburger evangelischen Gemeinde. Ein junger Literat, der sich viel unter ihnen herumtrieb, um ihre Eigenthümlichkeiten zu studiren, erzählte mir manches Interessante von ihren Sitten und Gewohnheiten. Sie harren noch ihres Auerbach.

[Ballarat, der Brennpunkt australischen Goldgräber-Lebens,] das Hauptquartier der Minen, liegt hoch oben auf steilem Gebirge wie ein Nest für Raben und Geier. Wohl führt es den hochtrabenden Namen einer City, aber ohne Anstrengung der Phantasie geht es schwer, zwischen den bunt zerstreuten Zelten und Holzhäusermassen, die wie Nürnberg-Baaren das Spielzeug des Windes sind, auch nur die bescheidensten Attribute einer Stadt zu finden. Dennoch aber ist der Platz von enormer Bedeutung. Die hölzernen Wohnhäuser stehen auf goldenem Boden, die Leinwandbuden bergen einen seltenen Wohlstand und in den bunt und wild durch einander laufenden Straßen herrscht ein Gemwimmel und Gekrei, ein Treiben, Schaffen und Zagen, das eher einer wilden Jagd gleicht, als dem vernünftigen Geschäfts-Verkehr civilisirter Menschen. Da und dort erheben sich kleine Kirchen und Kapellen, von dichten Norfolkfichten umschattet, auch steigen schon einzelne festgebaute Wohnhäuser aus dem Boden; ein, auch zweistöckiges Hotel, gelb, grün und roth angestrichen, stehen wunderbar genug zwischen den verworrenen Berg auf- und ablaufenden Leinwandhäusern, und riesige Ausbängtafeln und Schilder, die mit den winzigen Göttern in gar keinem Verhältnis stehen, verkünden mit allegorischer Marktschreierei: hier eine chinesische Restauration, dort den großen „Circus Olympicus“ einer hochberühmten römischen Kunstreitercompagnie, da einen buntbewimpelten französischen Glaskstempel, dort wieder englische Schauspieler, Sänger, Tänzer, wilde Thiere, Zauberer, Zwerge und Riesen — kurz, Ballarat gibt ein Bild von halbreifer Antipodenkultur, es ist ein Prototyp des transatlantischen Charlatanismus!

Die Bevölkerung des Ortes kann nicht einmal errathen, viel weniger angegeben werden, da fortwährend Alles unterwegs ist oder in den Minen arbeitet und nur ein kleiner Theil feste Wohnplätze besitzt. Alle Welt ist hier auf Reisen; Niemand bindet sich an die einmal gewählte Scholle; wo das Glück schimmert, dort zieht man hin.

Die zwölf Meilen von hier entfernten „Greta Diggins“ sind wahrhaft unergründlich, wie der Schacht des Plutus. Tag für Tag werden neue und fabelhaft ergiebige Goldquellen entdeckt; Alles, was ich dort gleichen in Kalifornien und New-South-Wales bis jetzt gesehen, tritt in den Schatten, ist kleinlich dagegen. Doch glaube Niemand, daß man etwa nur sich zu bücken brauche, um die Schätze aufzusuchen. Durch brennend heiße Sandstreden, über wüste schroffe Felsenmauern geht der Goldjäger seinem harten, mühseligen Tagewerk nach. Unter der schattenlosen Sonnengluth peinigten ihn Dürst und Hitze, des Nachts schüttelt ihn der Frost. In Sturm, Regen und Wetter schläft er ohne Bett, unausgekleidet, auf nacktem Boden, und oft genug irrt er hungrig, schweißtreidend und wie verzweifelt durch die öden, langgestreckten Wüsten, ohne auch nur ein Stäubchen zu finden von dem mit wahnsinniger Hast gesuchten Golde. Dieses ist das harte, schwere Loos des australischen Goldsuchers, und wer nicht ist, wie Shakespeare sagt, „der Knopf auf Fortunens Mägel“, den trifft kein besseres Geschick. Freilich den Krebs, der bebaglich sich unter den Strahlen des Glückes sonnt und die funkelnden Dufaten nur aufzurollen braucht, um sich alle Herr-

lichkeiten und Genüsse des Lebens dafür einzutauschen — oder das blühende frohe Mädchen, das zur Lust eines Balles den schönen weißen Arm mit goldenen Bändern schmückt, diese kümmert es wenig, wie schwer diese Kostbarkeiten der Erde abgerungen sind. Wahrlich, man weiß oft nicht, wie theuer die Natur sich ihre Schmuckeisen bezahlen läßt! Es ist zum Ersauern, wie launenhaft das Glück hier mit den Menschen spielt. Es gleicht der Bitterkeit des April; hier lächelt die goldne Sonne, dort stürmt wüthes Wetter; heute, die hierher kamen und nicht Geld genug hatten, ihre „Licenz“ zu bezahlen, besitzen jetzt große Goldwäschereien, Andere wieder darben im Elend, und so kommt es, daß zwischen den glücklichen Besitzern von rohen ungemünzten Goldklumpen, welche lechtere oft auf freier Straße zum Verkaufe ausgelegt werden, viel bleiches Volk in Lumpen schleicht, das von dem glänzenden Wohlstand der Anderen grell genug absteht. (Dsd. Post.)

[Herr v. Meyendorff und die deutschen Gelehrten.] In Berlin lernte Herr v. Sternberg (wie er in seinen „Erinnerungs-Blättern“ erzählt) den russischen Gesandten Herrn v. Meyendorff kennen. Auch dieser große Herr interessirte sich besonders für die deutsche Literatur und Wissenschaft. „Der Minister v. Meyendorff — sagt der Biograph — war besäht, sich die Achtung der öffentlichen Meinung zu erwerben, auch wenn die Glorie seines Staates ihn nicht umgeben, er als ein simpler Privatmann aufzutreten wäre. Was man einen Hölbling nennt, war er nicht, auch hatte er im Kleinen anfänglich nichts Gewinnendes; er war ernst, manchmal trocken, in der Festigkeit verkehrt, aber die unendliche ehrliche Güte schimmerte bald durch, und der treffliche Verstandesblick durchbrach rasch die Wolken, mit denen die Dede der Alltagsexistenz, der monotone Geschäftsbetrieb und die nicht endende Kränklichkeit diese kostbare Seele umhüllten.“ Der Minister klagte folgendermaßen über die Unzugänglichkeit der deutschen Gelehrten: „Herr v. Barmhagen entschuldigt sich mit seiner Kränklichkeit, die Gebrüder Grimm gehen nicht in die Gesellschaften, es ist ihnen von Frau v. Arnim verboten worden, Raupach käme wohl, allein den will ich nicht, Schelling hat eine hochmüthige Promenade durch meine Zimmer gemacht, und ist nachher nicht wieder gekommen, wahrlich weil ihm die Polster meiner Stühle entweder nicht elastisch genug waren, oder er ein Haar an meiner Anhänglichkeit für seine Philosophie gefunden hat. Rückert ist ein Bauer und Steffens spielt selbst den Minister in seinem Hause, und glaubt mich nicht nöthig zu haben. Mir bleibt nichts übrig, als die zweite Nummer der Gelehrten, die Stellsuchenden, und die machen mir den Hof, weil sie durch mich etwas erlangen wollen.“ Diese Aeußerungen des russischen Ministers legen für die Unabgängigkeit der deutschen Gelehrten das beste Zeugnis ab, batmoniren aber durchaus nicht mit der „unendlich ehrlichen Güte“, welche Herr v. Sternberg seinem Gönner und Freunde zuschreibt. In dem Salon des Herrn v. Meyendorff begegnete mir der Geschichtsforscher Rante, der jedesmal in seiner Lebendigkeit ein Glas Wein auf das Tischchen versetzt, dabei aber doch sich herbeizusetzen, mit dem Gesandten über Karl den Kalhen oder Ludwig den Deutschen zu sprechen, wenn dieser nach solchen Gegenständen Verlangen tragen sollte.

[August Wilhelm v. Schlegel's Bild] entwirft Sternberg mit pikanten Zügen: „In jedem Zimmer der elegant, aber unordentlich gehaltenen Wohnung Schlegel's glänzte das Bild der Frau v. Staël an der Wand. Ein Bild immer entlöst als das andere; ich glaube im Allerheiligsten befand sich ein Bild — ganz ohne Gewand. Im Vorzimmer hatte Frau v. Staël noch Aermel, aber sie schrumpften immer mehr zusammen, je weiter man kam; in dem Empfangszimmer hatte sie nur noch goldene Schnüre statt der Aermel, und in dem Studirzimmer war sie bereits ohne Aermel und ohne Fuchsenhülle. Die Frau mit den bligenden Augen, mit dem Baschirensmunde und der ungemessenen Körperfülle machte auf den Besucher einen nicht ganz wohlthuenden Eindruck. Man mußte sich nothwendig die Fülle ihres Geistes gegenwärtig halten, um die Fülle ihres Körpers zu vergeffen, und man mußte die Menge der Wahrheiten, die sie enthielte, in's Gedächtniß zurückrufen, um ihr die Menge der Reize, die sie enthielte, zu vergeffen. Das schmunzelnde Lächeln zu sehen, mit dem Schlegel dabei stand, wenn der Besucher die Gottheit des Tempels betrachtete, war rührend und anstößig zugleich, denn es hatte etwas von der Pietät eines Freundes und dem Grinsen eines Fauns an sich.“

Reise, 10. Februar. In der letzten Versammlung der Philomathie am 7. d. Mts. sprach der königl. Rechnungsrath Herr Warmann über das Kulturleben der Völker, in besonderer Beziehung auf den Einfluß, welchen dasselbe mit unbefugbarer Gewalt nach jener Richtung hin auszuüben strebe, wo die leibliche Nothdurft in Frage stehe. Das Kulturleben mit seinen zahllosen geistigen und materiellen Schöpfungen habe das Menschengeschlecht dem Grundgedanken der Schöpfung: Veredlung und Vervollkommen! näher geführt. Das Kulturleben habe aber auch den Kampfplatz erweitert, auf welchem die Interessen ihre einstige Lösung finden sollen. Wahre und eingebildete Bedürfnisse des Luxus und der Mode sind allen Schichten der Gesellschaft zugänglich geworden, nachdem der menschliche Geist das Mittel gefunden, die geheimnißvollen Kräfte der Natur seinen Zwecken dienstbar zu machen. In dieser Beziehung sei aber die Erziehungsschule, da sie es zunächst nur mit den Neugierigkeiten des Lebens zu thun habe, den Schöpfungen auf dem Felde der leiblichen Nothdurft, wie hoch auch das bisher Geleistete angesehene werde, an Geschlechtsfolgen vorausgeleitet; und hierin könne man die Grundursachen der Nothstände finden, welche die Gesellschaft bedrohen. Der ideale Standpunkt: die physische Kraft des Menschen und seine Fertigkeiten als der menschlichen Würde zuwiderlaufend, durch Anwendung der Naturkräfte überall hin entbehrlieh zu machen — sei eine jener Beglückungstheorien, wie wohl auf Engel, nicht auf Menschen Anwendung finden könnten. Dieser Grundgedanke wurde durch statistische Berechnungen näher erläutert.

Handel, Gewerbe und Aderbau.

* 4 Breslau, 13. Febr. (Gewerbliche Nachrichten.) Das Gummi-Waarenlager von Heinrich Sadura (Ring Nr. 46) ist in neuerer Zeit von seinem intelligenten Inhaber wieder um einige fleißige Apparate bereichert worden, welche theilweise als Errungenschaften der pariser Industrieausstellung anzusehen sind. Zu den letztern gehört die unlängst nach einem pariser Modell angefertigte Sadura'sche Gummi-Pumpe, ebenso zur angemessenen Verbreitung jeglicher Art Säuren in chemischen und Papierfabriken, wie zu gewöhnlichen Wasserleitungen in Privathäusern vollkommen geeignet. Die Leitung der Flüssigkeiten geschieht in jeder beliebigen Höhe dergestalt, daß nicht ein Tropfen verloren geht. Dies wird durch eine neue höchst sinnreiche Konstruktion in folgender Weise bewirkt. Durch eine hohle Scheibe von Holz, in der 2 Kolben angebracht sind, um das abwechselnde Aus- und Einströmen der Luft und der Flüssigkeit zu reguliren, ist eine Gummirobre gezogen, die mit dem einen Ende in das Wasser oder jede andere Flüssigkeit getaucht, mit dem anderen Ende dort befestigt wird, wohin der Strahl gehen soll. Setzt man nun das Pumpwerk, welches sich übrigens auf irgend einen festen oder freistehenden Gegenstand neben dem Flüssigkeitsbehälter aufschrauben läßt, vermittelst der Kurbel in Bewegung, so fördert die Möhre bis $\frac{1}{2}$ Zoll Durchmesser 1 Quart in der Minute. Natürlich kann die Möhre bis zu 2 Zoll und darüber, wie das Werk selbst bedeutend erweitert werden, wonach sich dann die Triebkraft steigert. Ein solches Pumpwerk verdient wegen der vielen zweckmäßigen Anwendungen, die es sowohl in großen industriellen Establishments, als im Privatgebrauch gestattet, die allgemeine Beachtung des Publikums. Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß auch die Niederlage der in Nr. 71 dieser Ztg. erwähnten berliner Mannfactur verzinnter Geschirre von Roßlenbeck und Dittmer für Breslau sich bei Herrn Sadura befindet.

Ein anderer Industrie-Artikel, welcher hier jetzt bei Hrn. Klemptnermeister A. Friedrich (am Kränzelmart Nr. 8) fleißig kultivirt wird, sind die in Berlin so beifällig aufgenommenen Regulatoren- und Schieber-Lampen. Diefelben haben einen eigenthümlichen Mechanismus am „Brenner“, wodurch nicht nur der Docht, sondern auch der Cylinder jederzeit regulirt werden kann. Zu bemerken ist, daß diese neue Einrichtung auch bei den Brennern gewöhnlicher Schieberlampen sich anbringen läßt, und die nöthigen Abänderungen, wobei es auf die sorgfältigste Ausführung ankommt, von Hrn. Klemptnermeister Friedrich zu soliden Preisen bewerkstelligt werden.

Braunschweig, 8. Febr. [Die Messe] ist gestern ausgeläutet worden und hat im Ganzen ein besseres Resultat geliefert, als man noch geglaubt hatte. Die Lederpreise, welche sich des theuern Rohleders wegen noch be-

haupteten, gaben im Allgemeinen eine Neigung herabzugehen kund, und sind ziemlich alle Vorräthe geräumt. Desgleichen war es der Fall mit den das Auge bestechenden billigen fälschlichen und schleisschen Tuchen, während die schweren nur wenig Beachtung finden. Die Kleidermagazine klagen sehr über schlechten Absatz, desgleichen die Galanteriewaarenhändler. An Seidenstoffen ist Mangel gewesen, namentlich an französischen. (Wesf.-Z.)

Ausfuhr von Getreide aus den Häfen der Donau, Galacz und Ibraila im Jahre 1855. 1. von Galacz wurden ausgeführt: von Weizen 245,723 Kilo, Roggen 52,836 Kilo, Mais 327,321 Kilo, Gerste 924 Kilo. Zusammen in 848 Schiffen nach galaczger Maas 626,784 Kilo. 2. von Ibraila wurden ausgeführt: von Weizen 167,434 Kilo, Roggen 57,13 Kilo, Mais 283,290 Kilo, Gerste 70,749 Kilo. Zusammen in 1040 Schiffen 527,206 Kilo.

Aus beiden Häfen total 1,153,990 Kilo. Oder ca. 164,856 Last. (L. S.)

Berlin, 12. Februar. [Börsen-Korrespondenz.] Unsere heutige Börse war recht günstig, das Geschäft ziemlich umfangreich und die Course meistens steigend. Das Hauptgeschäft bildeten darmstädter Bank-Aktien, freiburger, rheinische, so wie österreichisch-französ. Prioritäten zc. Die Ersteren hoben sich in Folge sehr großer Ankäufe von 123 $\frac{1}{2}$ —125, wozu sie am Schluß noch Geld blieben. Freiburger, deren Mehr-Einnahmen die günstige Meinung für dieses Papier mehr und mehr steigern, wurden bis 150 bezahlt. — Von den österr. Effecten war vorzüglich Nat.-Anl. stark gesucht. Auch Staatsbahn- und Kred.-Bank-Aktien etwas gefragt. — Die Haltung der londoner Börse war gestern merklich besser; Consols blieben auf 91 $\frac{1}{2}$, nachdem sie kurze Zeit bis 91 $\frac{1}{2}$ gegangen waren; in anderen Effecten war wenig Geschäft und die Course erlitten keine Veränderung. — Paris dagegen beschäftigte gestern vollständig unsere Vermuthung, daß neues Leben in die Geschäfte kommen werde. Die Haltung war Anfangs matt, allein bald wendete sich die Spekulation ihrer früheren Richtung zu, weniger den Eisenbahnaktien als der Rente, die sich von 72, 70 bis 73 hob und mit 72, 95 schloß, sodann den Hauptobjekten der Spekulation, den österr. Staatsseihenbahnaktien, die bis 870 stiegen. — Amsterdam gleichfalls lebhaft und günstig, namentlich für österr. Fonds; Nationalanleihe von 76 $\frac{1}{2}$ bis 77 $\frac{1}{2}$, Metall. von 74 $\frac{1}{2}$ auf 75 $\frac{1}{2}$, spanische Papiere dagegen niedriger, 3proz. von 38 $\frac{1}{2}$ auf 37 $\frac{1}{2}$, 1proz. von 24 auf 23 $\frac{1}{2}$, aus dem gestern angegebenen Grunde. — Hamburg, welches mehr den londoner Einflüssen unterliegt, war sehr still bei wenig schwankenden Course; preuß. Lotterianleihe wich von 113 auf 111 $\frac{1}{2}$, spanische Papiere ebenfalls weichend, Köln-Minden 166, österreichische Kreditaktien 144, Staatsseihenbahn 845. — Frankfurt, mehr von Paris und Wien beeinflusst, war lebhafter und die Course der österreichischen Papiere waren höher; Metallisches von 76 $\frac{1}{2}$ auf 78 $\frac{1}{2}$, Nationalanleihe von 79 $\frac{1}{2}$ auf 81 $\frac{1}{2}$, österr. Staatsseihenbahn von 270 auf 277, Bankantheile von 1136—1167, Kreditaktien von 131 $\frac{1}{2}$ auf 139; in Eisenbahnaktien wenig Geschäft, Course zum Theil niedriger. Darmstädter Bankaktien begehrt, von 301 auf 307. — In Wien war die Stimmung ebenfalls günstig, besonders für neue Bankaktien (Interimsscheine), welche von 238 auf 272 stiegen; alte Bankaktien von 1003 auf 1028, Kreditaktien von 281 auf 285, Metall. von 82 $\frac{1}{2}$ auf 83 $\frac{1}{2}$, Nationalanleihe 85 $\frac{1}{2}$ —85 $\frac{1}{2}$; Baluten angeboten; London 10, 24, Augsburg 106 $\frac{1}{2}$, Hamburg 77 $\frac{1}{2}$, Paris 123 $\frac{1}{2}$; Agio besser: Gold 10 $\frac{1}{2}$, Silber 7 $\frac{1}{2}$.

† Breslau, 13. Februar. Die Börse war heute minder belebt und die Aktien-Course wenig verändert. Appeln-Tarnowitzer wurden Anfangs zu 110 $\frac{1}{2}$ gehandelt, am Ende 109 $\frac{1}{2}$ bezahlt und Geld; österr. Credit-Mobilier sind billiger als gestern verkauft worden, nur darmstädter Bankaktien waren sehr gefragt. Fonds unverändert.

□ [Produktenmarkt.] Wie bereits in unserm heutigen Mittagsblatt erwähnt, war der heutige Getreidemarkt fester und mehr Kaufst für die besten Qualitäten Weizen und Roggen, doch können wir höhere Notierungen nicht angeben, müssen aber bemerken, daß für oben angeführte Gattungen auch heute 2—3 Sgr. über höchste Notizen zu bedingen waren.

Bester weißer Weizen 130—140 Sgr., guter 115—125 Sgr., mittler und ord. 90—95—100—110 Sgr., besser gelber 120—125—130 Sgr., guter 105—110—115 Sgr., mittler und ord. 85—90—95—100 Sgr. — Roggen 86pp. 106—107 Sgr., 85pp. 104—105 Sgr., 84pp. 100—103 Sgr., 82 bis 83pp. 95—98 Sgr. nach Qualität. — Gerste 67—70—74—77 Sgr. — Hafer 36—40—42 Sgr. — Erbsen 105—110—115—118 Sgr. — Mais 86pp. 73 Sgr.

Delfaaten unverändert in den Preisen und einige Frage nach Winter-raps. Für besten Winter-raps wurde 127—130 Sgr. zu bedingen sein, Sommer-raps und Sommer-rüben 100—110—115 Sgr. nach Qual.

Rüböl fand mehr Kaufst und wurde höher bezahlt, loco 15 $\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, März 15 $\frac{1}{2}$ Thlr., Frühjahr 15 $\frac{1}{2}$ Thlr. Dr., Herbst 14 Thlr.

Spiritus fester und höher, loco 13 $\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, 13 $\frac{1}{2}$ Thlr. Gld.

Leesaaten waren heute wiederum sehr wenig am Markte, der Begehr für beide Gattungen sehr gut und gestrige Preise willig bezahlt.

Hochfeinste rothe Saat 19 $\frac{1}{2}$ —19 $\frac{1}{2}$ Thlr., feine und feinstmittle 19 $\frac{1}{2}$ —19 bis 18 $\frac{1}{2}$ —18 $\frac{1}{2}$ Thlr., mittle 17 $\frac{1}{2}$ —17 $\frac{1}{2}$ Thlr., ord. 14 $\frac{1}{2}$ —16 $\frac{1}{2}$ bis 16 $\frac{1}{2}$ —17 Thlr., hochfeinste weiße Saat 20 $\frac{1}{2}$ —20 $\frac{1}{2}$ Thlr., feine 24—25 bis 25 $\frac{1}{2}$ Thlr., mittle 20—22—23 Thlr., ord. 14—15—16—17—19 Thlr.

Thymothye 6 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$ Thlr. pr. Ctr. nach Qualität.

An der Börse war das Lieferungs-Geschäft in Roggen und Spiritus bei besseren Preisen etwas lebhafter, als in den ersten Tagen. Roggen pr. Februar 82 Thlr. bez., März 81 Thlr. Dr., 80 Thlr. Gld., April-Mai 81 Thlr. bez., Mai-Juni 82 Thlr. bez., Spiritus pr. Februar 13 $\frac{1}{2}$ Thlr. Gld., März 14 Thlr. Dr., April-Mai 14 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., Mai-Juni 14 $\frac{1}{2}$ Thlr. Gld., Juni-Juli 14 $\frac{1}{2}$ Thlr. Dr.

L. Breslau, 13. Februar. Zink fest, 500 Ctr. W. H. holten 7 Thlr. 7 Sgr. Von Hamburg und London werden zuletzt keine Zinkumsätze gemeldet.

Breslau, 13. Febr. Oberpegel: 18 F. 8 Z. Unterpegel: 9 F. 2 Z. Gising.

Zu Brieg stand das Wasser der Oder am 13. Februar, Morgens 7 Uhr, am Oberpegel 18 Fuß 10 Zoll, am Unterpegel 14 Fuß — Zoll — Gestern Abend von 9 bis 11 Uhr schwacher Gising. Gegenwärtig ist freier Strom und das Oberwasser wieder etwas gefallen.

Eisenbahn-Zeitung.

P. C. In den statistischen Nachrichten über die preussischen Eisenbahnen befindet sich eine Nachweisung der emittirten und wirklich verwendeten Anlagekapitalien nebst deren Verzinsung und Amortisation bis zum Schluß des Jahres 1853. An Stamm-Aktien war von den Privatgesellschaften für 92 Mill. 783,000 Thlr., an Prioritäts-Obligationen für 62 Mill. 311,500 Thlr., zusammen 155 Mill. 95,100 Thlr. Anlage-Kapital emittirt. Wirklich verwendet war zusammen mit den vom Staat ausgeführten Bahnbauten bis zu diesem Termin die Summe von 194 Mill. 318,336 Thlr. Davon kamen 46 Mill. 460,967 Thlr. auf die Staatsbahnen und 147 Mill. 857,369 Thlr. auf die Privatbahnen. Vom Staate wurden im Jahre 1853 Zinszuschüsse im Gesamtbetrage von 310,150 Thlr. 3 Sgr. 5 Pf. geleistet, nämlich 127,733 Thlr. 18 Sgr. 5 Pf. für die Stargard-Posenener Bahn, 134,337 Thlr. für die Aachen-Düsseldorf und 48,079 Thlr. 15 Sgr. für die Ruhrort-Gresfeld-Kreis Gladbacher Bahn. Auf die Stamm-Aktien wurden einschließ- lich der vom Staat garantirten Zinsen im Jahre 1853 nachstehende Divi- denden gezahlt: Von der Berlin-Stettiner Bahn 8 %; von der Stargard-Posenener 3 $\frac{1}{2}$ %; von der Niederschlesisch-Märkischen 4 %; von der Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 %; von der Ober-Schlesischen 10 %; von der Reiffe-Breger 2 $\frac{1}{2}$ %; von der Westfälischen 10 %; von der Berlin-Hamburger 4 $\frac{1}{2}$ %; von der Magdeburg-Leipziger 19 %; von der Berlin-Potsdam-Magdeburger 4 %; von der Magdeburg-Halberstädter 10 %; von der Berlin-Anhaltischen 7 %; von der Thüringischen 4 %; von der Köln-Mindener 6 $\frac{1}{2}$ %; von der Münster-Dammer 3 $\frac{1}{2}$ %; von der Bergisch-Märkischen 2 %; von der Düsseldorf-Elberfelder 2 $\frac{1}{2}$ %; von der Bonn-Köln 5 %; von der Aachen-Düsseldorf 3 $\frac{1}{2}$ %; von der Ruhrort-Gresfeld-Gladbacher 3 $\frac{1}{2}$ %; von der Rheinischen 2 % und von der Aachen-Mastrichter $\frac{1}{2}$ %. Die dem Staat gezahlte Extra-Dividende belief sich im Jahre 1853 in ganzer Summe auf 309,001 $\frac{1}{2}$ Thlr. Davon kamen 188,715 Thlr. auf die Ober-Schlesische und 120,286 $\frac{1}{2}$ Thlr. auf die Köln-Mindener Eisenbahn. An Prioritäts-Obligationen wurde bis zum Schluß des Jahres 1853 im Ganzen für 1 Million 299,600 Thlr. amortisirt, und zwar für 78,300 Thlr. 3 $\frac{1}{2}$ procentige, für 651,700 Thlr. 4 procentige, für 2500 Thlr. 4 $\frac{1}{2}$ procentige, für 541,500 Thlr. 4 $\frac{1}{2}$ procentige und für 25,600 Thlr. 5 procentige.

Mit einer Beilage.